

Bezugspreis:

Für den Monat September 200.- M. voraus zahlbar. Unter Kreuzband für Deutschland, Danzig, Saar- und Rheingebiet, sowie Österreich und Ungarn 240.- M. für das übrige Ausland 260.- M. Postbestellungen nehmen an Belgien, Dänemark, England, Estland, Finnland, Frankreich, Holland, Lettland, Litauen, Österreich, Schweden, Schweiz, Tschechoslowakei und Ungarn.

Der "Vorwärts" mit der Sonntagsbeilage "Wort und Tat", der Unterhaltungsbeilage "Heimweh" und der Beilage "Erlaubung und Reingarten" erscheint wochentlich zweimal, Sonntags und Montags einmal.

Telegramm-Adresse: "Sozialdemokrat Berlin".

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Anzeigenpreis:

Die einspaltige Nonpareilzeile kostet 10.- M. Restzeile 150.- M. "Kleine Anzeigen" das festgedruckte Wort 12.- M. (unfähig zwei festgedruckte Worte), jedes weitere Wort 10.- M. Strichzeile und Schlußzeilenzeile das erste Wort 7.- M., jedes weitere Wort 4.- M. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Familien-Anzeigen für Abonnenten Preis 15.- M.

Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 4 1/2 Uhr nachmittags im Hauptgeschäft, Berlin S-B 68, Lindenstraße 3, abgegeben werden. Geöffnet von 9 Uhr früh bis 5 Uhr nachmittags.

Redaktion und Verlag: SW 68, Lindenstraße 3  
Kernsprecher: Däubhoff 292-295 und 2506-2507

Dienstag, den 19. September 1922

Vorwärts-Verlag G.m.b.H., SW 68, Lindenstr. 3  
Kernsprecher: Verlag, Hauptredaktion u. Anfertigung: Däubhoff 2506-2507

Die Garantieforderung günstig gelöst.

Der Sozialdemokratische Parlamentsdienst teilt mit:

Reichsbankpräsident Havenstein ist am Montagvormittag nach Berlin zurückgekehrt und hat dem Reichskabinett Bericht über das Ergebnis der Verhandlungen von London erstattet. Havenstein teilte dem Kabinett mit, daß die Reichsbank nunmehr bereit sei, die sechsmonatigen Schatzwechsel mit ihrer Unterschrift zu versehen. Das Kabinett nahm diese Mitteilung zur Kenntnis und beschloß, sofort eine entsprechende Mitteilung an die belgische Regierung gelangen zu lassen.

Die Verhandlungen in London spielten sich zwischen zwei Großbanken ab und die Einzelheiten der Abmachungen sind daher lediglich Angelegenheiten dieser Banken und sollen einseitig nicht veröffentlicht werden. Jedenfalls hat die Reichsbank auf Grund dieser Abmachungen und nach Prüfung ihrer eigenen Geschäftslage sich zur Garantierung der deutschen Schatzwechsel an Belgien bereit erklärt. Daß die Reichsbank ihr Gold nicht verpfänden würde, ist bereits von ihr schon vor Beginn der Londoner Verhandlungen betont worden.

Die Londoner Mission des Reichsbankpräsidenten Havenstein ist demnach erfolgreich gewesen. Die finanztechnischen Einzelheiten der Vereinbarung, die er dort mit einer englischen Bank getroffen hat, werden zwar einseitig nicht veröffentlicht, doch genügt wohl die ausdrückliche Feststellung, daß eine Verpfändung der deutschen Goldreserven nach wie vor nicht in Frage kommt. Wenn auch die betreffende englische Bank in den bisher vorliegenden Berichten nicht genannt wird, so ist wohl anzunehmen, daß es die Bank von England ist, die nunmehr der belgischen Regierung gegenüber als Garant für die Einlösung des ersten Teils der deutschen Schatzwechsel auftritt. Die bisherige Stellung der belgischen Regierung, die sich trotz aller französischen Aufmunterungen zur Scharfmacherei unerkennenswert verhöhlisch und sachlich verhalten hat, läßt darauf schließen, daß sie sich mit dieser Lösung zufrieden geben wird.

Die Vereinbarung bedeutet zweifellos eine wesentliche Entspannung unserer außenpolitischen Lage, wenigstens dürfte in den nächsten Monaten die Reparationsfrage nicht mehr wie ein Damoklesschwert über der deutschen auswärtigen und inneren Politik hängen. Freilich können wir nur

das wiederholen, was wir bereits unmittelbar nach der Bekanntgabe der Entscheidung der Reparationskommission erklärten, nämlich daß eine wirkliche und dauernde Lösung dieses Problems eine grundlegende Revision der Deutschland auferlegten Reparationslasten voraussetzt und daß zu diesem Zweck die Einberufung einer Weltfinanzkonferenz möglichst noch in diesem Jahre unbedingt notwendig erscheint. Unter diesem Vorbehalt begrüßen wir die in London zustandgekommene Vereinbarung und erwarten von ihr, daß sie zumindest eine gewisse Stabilisierung des Marktkurses zur Folge haben wird. Wir sind überzeugt, daß weite Kreise des In- und Auslandes die Nachricht, daß Havensteins Londoner Mission erfolgreich gewesen ist, mit einem Gefühl der Erleichterung aufnehmen werden. Wir wissen aber, daß diese Befriedigung keineswegs allgemein sein wird, weder außerhalb, noch innerhalb der deutschen Grenzen. Insbesondere werden sich die militäristischen und schwerindustriellen Kreise in Frankreich wiederum um ihre Ruhr-Hoffnungen betrogen fühlen und gegen die Zustimmung Belgiens zu den angebotenen deutsch-englischen Garantien ein letztesmal Sturm laufen. Wir hoffen aber bestimmt, daß ihre dahingehenden Bemühungen am nüchternen Geschäftssinn Belgiens scheitern werden.

Daß die erzielte Verständigung auch eine schwere Niederlage für unsere deutschen Desperadopolitiker bedeutet, für die deutschnationalen und kommunistischen Agitatoren, die sich bereits auf einem schönen Fischfang im trübsten Glend in den kommenden Wintermonaten freuten, versteht sich von selbst. Aber nachdem es ihnen nicht gelungen ist, die Mission Havensteins, ehe sie erfolgte, zu sabotieren, wird es ihnen erst recht nicht gelingen, nach der zustandgekommene Verständigung weiteres Unheil anzurichten. Es ist außerdem dem etwas grübelwahnhaft gewordenen Herrn Sinnes sehr gesund, einmal zu sehen, daß die Regierung Birck im Auslande doch nicht als so "kreditunwürdig" betrachtet wird, wie es sein lächerlicher Federhalter Lensch unterstellt hatte, und daß es noch amtliche deutsche Unterschriften gibt, die auch dann als "diskontofähig" gelten, wenn sie ohne seine Zustimmung oder gar gegen seinen Willen erteilt werden!

Agrarische Ausrottungspolitik.

Die entschiedene Haltung, die der "Vorwärts" und der Augsburgburger Parteitag sofort gegenüber dem unerhörten Beschluß des Umlageausschusses eingenommen haben, ist nicht ohne Eindruck geblieben. Die agrarische Presse schäumt vor Wut, daß im letzten Augenblick ein Strich durch das sicher scheinende Geschäft gemacht ist, die gemäßig-bürgerliche Presse versucht einzuloten und eine Rückzugslinie zu gewinnen. So tritt z. B. die "Wost. Ztg." für eine Kompromißlösung ein, die auch den Konsumenteninteressen Rechnung trägt, wenn sie auch andererseits dabei verbleibt, daß ein einfaches Festhalten an dem gesetzlich festgelegten Preis für das erste Drittel der Umlage angebracht sei.

Die "Deutsche Tageszeitung" regt sich über das Wort Hermann Müllers in seiner Augsburgburger Rede auf: Die Agrarier schienen gleich Clemenceau zu glauben, daß in Deutschland zwanzig Millionen Deutsche zuviel lebten. Aber wenn auch das Agrarierblatt in seiner Wut wieder einmal den Genossen Müller mit Ausdrücken aus der Abortatmosphäre zu beschimpfen sucht, so bleibt das Wort nichtsdestoweniger wahr. Die "Kreuzzeitung" brüllt bereits über "rote Diktatur", weil wir den Beschluß des Umlageausschusses als Vorstoß gegen die derzeitige Regierungskoalition gekennzeichnet haben. "Rote Diktatur" — darin bestehend, daß die Sozialdemokratie nicht bereit ist, eine vorkommende Politik in der Regierung mitzumachen! Natürlich verschweigt dieses für "Recht und Gesetz" kämpfende Blatt sorgfältig, daß der Ausschussbeschluss total gescheitert ist. Andere rechtsstehende Blätter suchen die Geschehnisse hinwegzudisputieren. Es ist aber an dieser Tatsache nicht zu drehen und nicht zu deuteln. Eine Zuschrift des Genossen Paul Herx, der als Vertreter der Unabhängigen Partei dem Umlageausschuss angehört, führt darüber aus:

§ 50 des Umlagegesetzes vom 4. Juli 1922 bestimmt: „Der Preis für das erste Drittel der Umlage beträgt für Roggen 6900 M., für Weizen 7400 M., für Gerste 6700 M., für Hafer 6600 M. je Tonne.“ Für das zweite und dritte Drittel der Umlage setzt die Reichsregierung die Preise auf der Grundlage der im Abf. 1 festgesetzten Preise nach Anhörung eines Ausschusses fest.“ Wortlaut und Sinn dieser Bestimmung sind absolut eindeutig. Für das erste Drittel der Umlage hat der Reichstag die Preise endgültig festgesetzt, sie könnten also nur durch ihn, nicht aber durch irgendeine andere Stelle abgeändert werden. Der Ausschuss hat lediglich die Preise für das zweite und dritte Drittel der Umlage zu begutachten, nichts weiter. Wenn trotzdem das Ernährungsministerium den Ausschuss zwecks Stellungnahme zur nachträglichen Erhöhung der Preise für das erste Drittel zusammenberufen hat, so kann es keine andere Absicht gekübelt haben, als eine Zwangssituation zu schaffen, die den Reichstag und die Reichsregierung binden sollte. Denn nichts hätte im Wege gestanden, wenn das Ernährungsministerium die Verringerung der Preise für das erste Drittel auf gesetzlichem Wege durchführen wollte, den Reichstag einzuberufen und von ihm die Entscheidung treffen zu lassen. Eine nachträgliche Stellungnahme des Reichstags zu einer bereits durchgeführten Erhöhung der Preise ist eine Farce, die von einer kaum glaublichen Geringschätzung des Parlamentes und der von ihm vertretenen Volksschichten zeugt.

Des gilt in verstärktem Maße, wenn die Durchführung einer etwa anderthalb Dugend Milliarden kostenden Maßnahme auf dem Wege einer Verwaltungsverordnung erfolgen soll. Ist das möglich, wozu braucht man dann überhaupt noch ein Parlament?

Was nun die materielle Seite der Frage anbelangt, so suchen eine Anzahl bürgerliche Blätter, wie die volksparteiliche "Zeit", sich damit zu retten, daß sie erklären, unsere Meinung über die Vervielfachung des Preises für das Umlagegetreide sei falsch. Die Höhe des neuen Preises stände noch gar nicht fest, in dem vom Ausschuss angenommenen Antrag sei keine Ziffer genannt. Wir geben auch hierzu Genossen Paul Herx das Wort, der in seiner Zuschrift folgendes ausführt: „Was bedeutet nun der vom Ausschuss gefasste Beschluß, dessen Wortlaut mit Absicht unklar gehalten ist?“

Für die Festsetzung der Preise für das erste Drittel der Umlage sind die Indeziffern für August, September, Oktober 1922 zugrunde zu legen. Außerdem ist der Ernteaussfall des laufenden Wirtschaftsjahres gegenüber dem Vorjahr zu berücksichtigen.“

Der Beschluß ist zunächst eine bewusste Abweichung von der Bestimmung des Gesetzes, wonach die Preise „auf der Grundlage“ der vom Reichstag beschlossenen Preise festzusetzen sind. Der Zweck ist klar. Die Umlagepreise sollen mit den freien Marktpreisen in Einklang gebracht werden, während der Gesetzgeber sie von ihnen unabhängig machen wollte. Denn in bewusster Abweichung vom Grundgedanken der von den Agrariern selbst verlangten Indexberechnung sind jetzt nur die Indeziffern für die der Ernte folgenden Monate zugrunde gelegt worden, anstatt die Ziffern der Monate, in denen die Ernte erzeugt wird. Selbst die amtlichen, der Kommission vorgelegten Unterlagen, die stark agrarischen Geist atmen, kommen zu folgenden Ergebnissen:

Durchschn. Indeziffern für das Erntejahr 1921/22 . . . 7 015,50 M.  
: : : die Monate Sept./Oktbr. 16 114,50  
: : : Juli/Oktbr. 20 437,50  
: : : August/Okt. 20 610,80

Die Orientkrise.

Ein englischer Schatzzug.

London, 18. September (WTA.) „Evening Standard“ erfährt, daß das am Sonabend veröffentlichte Dokument, das so viel Aufmerksamkeit erregt hat, von einem Kabinettsminister entworfen wurde, um den Leuten, die möglicherweise berufen sein könnten, Anfragen bezüglich der Haltung der Regierung zu beantworten, die nötigen Richtlinien zu geben. Das Dokument sei mit Zustimmung des Premierministers veröffentlicht worden, es sei jedoch durchaus kein offizielles Dokument in dem Sinne, daß das Kabinett deswegen einen Beschluß gefaßt habe. Das Dokument sei nicht nach Paris geschickt worden und man erwarte nicht, daß Truppen von den Dominions angefordert zu werden brauchen, nur wenn Kemal Pascha aggressiv werden sollte und eine Lage schaffe, die die Alliierten nicht dulden könnten, würde diese Notwendigkeit entstehen. Sollte jedoch eine Krise eintreten und die Gefahr eines Krieges im nahen Osten Wirklichkeit werden, so würde England sicher dem in der Erklärung dargelegten Verfahren folgen und die Dominionsregierungen auffordern, an der Seite Englands ihren Platz einzunehmen.

An der gestrigen Zusammenkunft des britischen Kabinetts in Downingstreet, die um 12 Uhr begann und zwei Stunden dauerte, nahmen Marine-, Militär- und Luftfahrtsachverständige teil, nämlich Lord Beatty, Lord Gosan und Sir Hugh Trenchard. Die Blätter erklären die Behauptung, daß das britische Kabinett einen großen Konflikt mit der Türkei vorbereite, für vollkommen unbegründet. Man suche durchaus keinen Krieg, kein Krieg sei geplant und man erwarte auch nicht, daß Kemal Pascha es zu einem Kriege kommen lassen werde.

Das Ersuchen der englischen Regierung an die Kolonien, Truppen zur Verteidigung der Dardanellen zu entsenden, findet in England z. B. keinen günstigen Widerhall. In der Presse werden Stimmen einer lebhaften Opposition laut, die in London tagende Konferenz des Verbandes der städtischen Angestellten Englands nahmen eine Resolution an, in der es heißt: „Wir verpflichten uns, daß, so weit wir in Betracht kommen, nicht ein Mann und nicht ein Schiff oder Munition zur Unterstützung des Krieges England verlassen werden.“

Kemal Pascha läßt melden, daß er drei bis vier Divisionen auf die Dardanellen in Bewegung gesetzt habe und andere Truppenteile zum Vormarsch bereithalte. Auch in dieser Veröffentlichung ist vorerst wahrscheinlich nur ein taktischer Zug zu erblicken.

Im Zusammenhang mit den Ereignissen im nahen Osten und der russischen Note über die Frage der Meerengen besuchte der türkische Geschäftsträger in Rostau, Afis Bey, den stellvertretenden Außenkommissar Karahan und hatte eine längere Unterredung.

Kritik an Lloyd George.

London, 18. September. (WTA.) „Spectator“ richtet anfänglich der Orientkrise scharfe Angriffe gegen Lloyd George. Die Zeitschrift sagt, Lloyd Georges innere und äußere Politik habe zu einer Reihe außerordentlicher Katastrophen geführt. Die Zeit sei für die Nation gekommen, zu entscheiden, ob die Interessen des Landes in den Händen Lloyd Georges niemals gefährdet sein werden.

„New Statesman“ schreibt, es sei bedauerlich, daß sich England in den Händen eines Premierministers befinde, der so gut wie nichts vom Orient wisse, und eines Außenministers, der die Lage vollkommen kenne, aber nicht wisse, wie sie anzupacken sei. Die Politik der Regierung habe das britische Prestige und den britischen Handel geschädigt und Griechenland ruiniert. England werde Zugeständnisse an die türkischen Forderungen machen müssen, und zwar bis zu dem Punkte, wo die rechtmäßigen englischen Interessen und der Friede Europas in Frage kämen.

Die Zeitschrift „Ratio“ fragt, was England tun könne; Lloyd George und Benizelos hätten Griechenland nur den Ausweg aus dem Ruin gelassen, der durch das Tal der Demütigung führe. Der Einfluß Englands bei der Türkei und bei Griechenland sei weggefallen worden, denn England (i) beiden gegenüber preisgegeben worden. Das sei die Orientpolitik Lloyd Georges. Er sei besonders verantwortlich und der Zusammenbruch der Politik Lloyd Georges ziehe die Stabilität des Kabinetts in Mitleidenschaft. Das Kabinett sei nicht nur in einer Frage, sondern in fast allen Fragen geteilter Meinung.

„Daily Mail“ bemerkt, wenn es klar werde, daß Frankreich danach strebe, die Türkei zu rehabilitieren, so könne England Frankreich überbieten, denn wenn die türkischen Nationalisten erhalten, was sie wollen, so werden sie lieber Freunde Englands als Freunde Frankreichs sein. England könne der Rückeroberung Thrazien an die Türkei zustimmen, es könne den Türken Konstantinopel wiedergeben, was Frankreich ohne Zustimmung Englands nicht tun könne, denn England, nicht Frankreich kontrolliere die Meerengen. Es sei nötig, zu einem Übereinkommen mit der Türkei zu kommen, ohne die beiden Hauptinteressen des britischen Reiches zu opfern, nämlich die nicht verhandelt werden könne, nämlich die Freiheit der Meerengen und die Sicherheit des Suezkanals.

Wilhelms bevorstehende Wiedererhehlung wird jetzt von seinem Generalsbewollmächtigten Geheimrat v. Berg offiziell mitgeteilt. Die Braut ist eine Prinzessin von Schönau-Carolath, der nachgerühmt wird, daß sie mit großer Ausdauer die Reden anderer Schwelger anhöre könne. Der Bräutigam ist 63, die Braut 34 Jahre alt. — Die Absicht des Kaisers, eine neue Ehe einzugehen, war schon mehrfach gemeldet worden, wurde aber bisher jedesmal von der Reichspress mit großer Entrüstung in Abrede gestellt.

Den allerhöchsten mit Hilfe des mißbrauchten Inbegriffes zu erreichenden Preis haben demnach die Agrarier verlangt und auch erhalten. Doch begnügten sie sich nicht einmal damit. Sie forderten ferner noch die Berücksichtigung des von ihnen auf 20 Proz. angegebenen Ernteausfalls und kamen somit unter Einrechnung des Monats Oktober, der bereits zum zweiten Drittel gehört, auf einen Preis von 27 624 Mark für die Tonne. Das ist das Vierfache des bisher 6900 Mark betragenden Preises für die Tonne Roggen.

Danach war unsere Angabe, daß es sich um eine Verdoppelung des jetzigen Preises handelt, vollkommen richtig, wenn die Antragsteller auch absichtlich diesen Umstand verdunkelt haben. Was würden nun die Folgen des Beschlusses sein, wenn er wirklich zur Tat werden sollte? Genosse Paul Herz berechnete:

Für das erste Drittel der Umlage würde dem Reich eine Mehrausgabe von 17 1/2 Milliarden Mark entstehen. Bauen sich aber auf dem neu beschlossenen Preis — statt auf dem vom Reichstag festgesetzten — auch die Preise für das zweite und dritte Drittel auf, so würde sich dieser Betrag noch verdreifachen. Mehr als 50 Milliarden Mark würden also den Landwirten auf Grund dieses Beschlusses zustehen! Das ist 2 1/2 mal so viel als die ganze Umsatzsteuer nach dem Vorschlag bringen soll. Das Reich aber kann selbstverständlich diesen Betrag nicht aus seiner Kasse zahlen. Die Folge wäre also, daß er auf den Brotpreis geschlagen wird. Der Brotpreis aber steigt ohnedies Mitte Oktober durch die Verteuerung des Auslandgetreides um etwa das Dreifache, d. h. auf 100 Mark für ein Vier-Pfund-Brot. Kommt nun diese Erhöhung noch dazu, so dürfte ein Vier-Pfund-Brot am 15. Oktober kaum unter 150 Mark zu haben sein.

Ein solcher Brotpreis wäre gleichbedeutend mit der Verurteilung der arbeitenden Bevölkerung zum — man darf nicht einmal jagen langamen — Verhungern. Ihn kann wirklich nur erstreben, wer glaubt, daß in Deutschland zwanzig Millionen Menschen zuviel leben, wer die Ausrottung eines großen Bevölkerungsteiles als erstrebenswertes Ziel ansieht. Und die Ursache des ungeheuerlichen Beschlusses? In der bürgerlichen „Frankfurter Zeitung“ steht sie zu lesen: Die Landwirte halten ganz allgemein mit den Ablieferungen zurück, weil sie auf höhere Preise rechnen. Nur dieser Umstand, nicht der Ernteausfall, der von den Agrariern viel schwärzer geschildert wird, als er ist, hat dazu geführt, daß in diesem Jahre bisher erst ein Viertel der im gleichen Zeitraum des Vorjahres abgelieferten Getreidemenge erfaßt worden ist, nämlich 110 000 gegen 440 000 Tonnen im Vorjahre. Und vor dieser Lieferungsabotage soll nun alles zusammenklappen? Für eine derartige Politik der Schwächlichkeit gegen die Profitwut der Produzenten, der Brutalität gegen die Lebensnotdurft der Konsumenten kann die Vertretung der Arbeiterklasse die Verantwortung nicht übernehmen.

In unserer gestrigen Abendausgabe hatten wir zu der offiziellen Darstellung über die Sitzung des Umlageausschusses bemerkt, daß die gewählte Formulierung augenscheinlich den Sturm der Entrüstung beruhigen sollte, die die erste Nachricht von dem Ueberfall ausgelöst hat. Hierzu teilt das Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft mit, daß die betreffende Nachricht bereits am Sonnabendabend (also vor unserer Meldung) an B.T.B. gegeben war, von diesem aber durch das Versehen eines Angestellten nur in der Provinz, nicht in Berlin verbreitet worden ist.

Dieses festsame Versehen ändert nichts an der Tatsache, daß die offizielle Meldung den Sachverhalt zu vertuschen sucht. So ist z. B. in ihr überhaupt nicht der Umstand erwähnt, daß die sozialdemokratische Ausschussminderheit eine Beteiligung an der Abstimmung ablehnte, weil sie die ganze Beschlussfassung als gesetzwidrig ansah.

Die „rote Fahne“ wäre nicht sie selber, wenn sie nicht auch diese Angelegenheit zu einer wüsten Hege gegen die Sozialdemokratie auszuspielen suchte. Sie behauptet, die Sozialdemokratie hätte den Beschluß des Ausschusses verschuldet, weil sie dem ursprünglichen Umlagepreis zugestimmt hat. Also weil die Sozial-

demokratie einen niedrigen Umlagepreis im Juli erkämpft hat, trägt sie die Schuld an der späteren geschwundenen Erhöhung durch die bürgerlichen Parteien! Gegen solche Logik kämpfen Götter selbst vergebens!

## Hilfe für die Zeitungen.

Die entsetzliche Kollage der Zeitungen, die täglich neue Opfer fordert und die auch auf dem Parteitage bitter beklagt worden ist, läßt sich nicht beheben, ohne tiefe Eingriffe in die Herstellung von Zeitungsdruckpapier. Diese Eingriffe, das hat der Reichswirtschaftsminister wiederholt hervorgehoben, müssen beim Urprodukt, nämlich dem Holz, beginnen. Während sich bisher die bürgerliche Presse auf Hilfsrufe an die Regierung beschränkt hat, aber alles, was nach Zwangswirtschaft ausah, ablehnte, erörterte vor einigen Tagen der Vorsitzende des Vereins großstädtischer Zeitungsverleger, Dr. Martin Carbe, im „B. Tagl.“ praktische Vorschläge zur Ermäßigung des Druckpapierpreises. Der wichtigste von diesen geht dahin, daß ein Teil des Holzes unter Ausschaltung des Holzhandels den Druckpapierfabriken zu einem Preise zur Verfügung gestellt würde, der etwa 2000—3000 M. je Raummeter betragen würde. Notwendig wäre dazu die Lieferung von 900 000 bis 1 000 000 Raummeter Holz. Der Preis würde den Ländern keine wesentlichen Verluste bringen, während das Druckpapier um 15—20 M. pro Kilogramm, also immerhin einen wesentlichen Betrag, verbilligt werden könnte. Das Holz wäre an eine gemeinwirtschaftliche G. m. b. H. zu übergeben, in der das Reich die Mehrheit hat. Diese würde unmittelbar mit den Zeitungsdruckpapierverbänden zusammenzuarbeiten haben.

Hier ist in der Tat ein Weg, der begangen werden kann und der übereinstimmt mit den Absichten des Reichswirtschaftsministeriums. Augenblicklich haben die Länder das Wort, nachdem der Reichsrat es bisher nicht über sich gebracht hat, die Bereitstellung des Holzes durch die Landesregierungen von sich aus zu verlangen. Es wäre dringend zu wünschen, daß die jetzt schwebenden Beratungen bald zum Abschluß kommen ehe weitere Steigerungen des Papierpreises noch mehr Zeitungen zum Erliegen gebracht haben.

## Ärzte und Krankenkassen.

Am 16. und 17. September fand in Leipzig die diesjährige Tagung des Reichsärztlichen Verbandes der Ärzte Deutschlands statt. Der wichtigste Beschluß war der, daß der Vorstand beauftragt wurde, zwecks Anbahnung neuer Verhandlungen mit dem Kassenhauptverband den jetzt laufenden Tarifvertrag zum nächstzulässigen Termin zu kündigen. Die Versammlung protestierte energisch gegen die Wünsche der Kassenvorstände auf Aufhebung der Verpflichtung für die Kassen, den Versicherten ärztliche Hilfeleistung zu gewähren. Sie wünschte dagegen eine Änderung der Reichsversicherungsordnung in dem Sinne, daß notleidende Kreise der Bevölkerung versicherungsberechtigt würden und andererseits die Ueberwälzung einer gewissen Einkommensgrenze das Erlöschen der Kassenmitgliederschaft nach sich ziehen würde. Nur als „Zuschußkassen“ dürfte für diese Kreise die bisherige „Vollkassen“ wirken. Interessant war die Mitteilung, daß der Deutsche Akademische Assistenzverband (die Zusammenfassung aller Universitäts- und Hochschulassistenten) sich einer Spitzengewerkschaft angegeschlossen hat, und daß der bisher nur beim Ärztenverband organisierte Deutsche Assistenzbund unbeschadet dieser Zugehörigkeit ähnliche Pläne hat. Zum Schluß wendete sich die Versammlung gegen die ausnahmslose Zulassung beamteter Ärzte (Regierungsmedizinalräte, Schulpfarrer und ähnliches) zur Kassenpraxis und gegen den Fortfall der freien Krankenhaushauswahl für Unfallverletzte zugunsten der bisherigen Versorgungsanstalten und der ehemaligen Lazarette.

## Die produktive Erwerbslosenfürsorge.

Entsprechend dem mit Wirkung vom 14. August 1922 neu festgesetzten Höchstmaß der Erwerbslosenunterstützung bei Verechnung von Förderungen der produktiven Erwerbslosenfürsorge hat, wie den B. P. R. von zutreffender Stelle mitgeteilt wird, der preussische Minister für Volkswohlfahrt in einem Erlasse bestimmt, daß vom

gleichen Tage ab folgende Durchschnittssätze in Betracht kommen:

für Ortsklasse	A	B	C	D/E
	50,50	45,75	41,—	35,25 M.

Bei Wohnungsbauten treten an Stelle der in einem älteren Bundesjahr mitgeteilten Sätze für den Kubikmeter unbebauten Raumes die folgenden Sätze: bei Zugrundelegung der zweifachen Ersparnis an Erwerbslosenunterstützung

für Ortsklasse	A	B	C	D/E
	234,—	210,—	192,—	174,— M.

bei Zugrundelegung der zweieinhalbfachen Ersparnis an Erwerbslosenunterstützung

für Ortsklasse	A	B	C	D/E
	280,—	258,—	234,—	216,— M.

Eine Erhöhung des Zuschusses für bereits vor dem 14. August anerkannten Maßnahmen kann nur in besonders begründeten Ausnahmefällen zugelassen werden, zum Beispiel dann, wenn die Einstellung langfristiger Erwerbsloser in großem Umfang in Frage kommt. Sie kann selbstverständlich nur für die nach dem 14. August geleisteten Arbeitertage eintreten.

Auch die für den Bau von Landarbeiterwohnungen auszuführenden Beträge erfahren durch die erwähnte Neueinstellung der Höchstätze für Erwerbslosenunterstützung eine Veränderung. Die Sätze betragen nunmehr, falls die Bauten ausschließlich durch Erwerbslose errichtet werden:

für die Ortsklasse	A	B	C	D/E
	234,—	210,—	192,—	174,— M.

falls Erwerbslose nicht beschäftigt werden

	A	B	C	D/E
	195,—	175,—	160,—	145,— M.

## Des Mörderprinzen Ehrendenkmal.

Wir berichteten jüngst, daß auf dem Ehrendenkmal der im Kriege gefallenen Offiziere der Kaiserlichen Armee der Prinz zu Stolberg-Köhl in eingetragener Weise, der durch seine Beteiligung an der feigen Mordtat des Freiherrn v. Bagern traurige Berühmtheit erlangt hat und außerdem nicht einmal im Denkmal gefallen, sondern 1920 in der Heimat verstorben ist. Der Vorsitzende des Denkmalausschusses, ein Justizrat Hillebrand, entschuldigt sich nun damit, daß ihm von der ganzen Angelegenheit nichts bekannt gewesen sei. Das ist selbst den nationalsozialistischen „Leipziger N. N.“ zu viel und sie schreiben:

Dazu sei bemerkt, daß das gegen den Prinzen 1916 gefällte kriegsgerichtliche Urteil und seine Folgen in vielen Kreisen seit langem bekannt waren. Es ist höchst merkwürdig, daß das den 16. Ausschussmitgliedern entgangen ist und sie sich durch amtliches Material über den Fall nicht unterrichtet haben, obwohl, wie Herr H. ja selbst schreibt, in dem Ausschuss über die Aufnahme des Prinzen auf dem Denkmal verhandelt worden sei. Zu noch merkwürdigerem Licht gerät die ganze Angelegenheit dadurch, daß sich der Denkmalausschuss in einem anderen Falle, nämlich in dem des Leutnants Cohrs, für besorgt gehalten hat, den Namen dieses Offiziers, der auf der Ehrentafel seines Regiments steht, auf dem Denkmal nicht aufzunehmen. Daß man die Gründe, die den Ausschuss zu diesem Vorgehen veranlaßt haben, an maßgebender Stelle vermisst, geht aus dem Erlasse des preussischen Ministers für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung vom 13. April 1922 hervor, der das Provinzialschulkollegium in Hannover ermächtigt hat, die Aufstellung des Denkmals auf dem Klosterhof in Hildesheim zu untersagen, falls der Name des Leutnants Cohrs nicht auf das Denkmal gesetzt werden sollte.

Es wäre interessant zu erfahren, aus welchen Gründen der bürgerliche Leutnant Cohrs nicht aufgenommen werden sollte. Dies leicht ergäben sich da interessante Parallelen!

## Aus Ordnungszell.

München, 18. September. (Ill.) Am vergangenen Sonntag wurden unter der Beschuldigung des Landfriedensbruches mehrere Nationalsozialisten verhaftet, die sich an den Ausschreitungen im Caféhaus „Deutsches Theater“ beteiligt hatten. (Es handelt sich um einen überaus rohen Ueberfall auf die Gäste des Caféhauses. Red.) Nach eingehender Vernehmung wurden die meisten von ihnen wieder auf freien Fuß gesetzt.

„Nationale“ Landfriedensbrecher können natürlich nicht in Haft gehalten werden; denn sie randallieren doch für die „Ordnung“.

## Unsere Hymnen.

Von Ernst Freygang.

„Singen die Deutschen nur Refrains?“ fragte ein Ausländer, der die letzten großen Demonstrationen in Berlin miterlebte. . . Nein. Die Gesangsvereine und einige Jugendkorporationen kennen vollständige Texte. Die Sonntagssänger, will sagen: Gelegenheits-sänger beschränken sich allerdings in der Regel darauf, zuzuhören, durch die Nase zu brummen und mit des Basses Grundgewalt erst dann aktiv zu werden, wenn jene Wendungen kommen, die sich durch zahlreiche Wiederholungen auch dem unmusikalischsten Hirn eingepreßt haben. Darum ist es gut, wenn den Teilnehmern einer Veranstaltung ein gedruckter Text in die Hand gegeben werden kann. Das geschah z. B. bei der Verfassungsfeier im Jirtus Busch. Die Rückseite der Eintrittskarte war hier sehr zweckentsprechend ausgelegt worden. Und so hätte denn ein gewaltiger Chor das Haus erschüttern können — wenn der tonangebende Gesangsverein in der Manege nicht einen anderen Text gesungen hätte. So blieb es bei einem fahlen Anlauf — und wir, d. h. das große Publikum, sangen halt wieder nur die Refrains mit. Die Internationale geht nämlich in wenigstens drei verschiedenen Fassungen bei uns um. Vielleicht sind auch noch mehr. Es haben sich eben verschiedene Uebersetzer daran verübt, frei und weniger frei, gut und minder gut. Und so kommt es, daß, wenn wir schon Texte singen, gleichzeitig ein paar verschiedene in die Lüste steigen.

Um es ohne Umschweife zu sagen: es ist ein Jammer mit all unseren Hymnen. Der schlechteste Text, von einer kräftigen, mitreißenden Melodie getragen, kann uns begeistern, wenn Gesangsvereine, Massenchor ihn zum Vortrage bringen — weil hier eben doch eine selbsterfüllte Form, eine geschulte Einheitslichkeit, ein zusammengefaßter Wille sich in rhythmischen Wellen zu Ohren trägt. Aber sobald wir als Volksmasse die Lippen zum tönenden Worte öffnen, geraten wir ins Stammelnd und Stottern, und was wir produzieren, sind Potpourris und Quodlibets. Früher beschloß das aufwärtsringende Proletariat in der Marxeilfasse eine einigermaßen einheitliche Hymne. Auch von ihr gibt es ja mehrere Uebersetzungen und Bearbeitungen. Immerhin hatte sich schließlich in der Partei doch der Autorische Text durchgesetzt. Heute wollen manche von „der Bahn, die uns geführt durchsollte“, nichts mehr wissen; man hat andere Texte hervorgehoben, hat funktionslose Umdichtungen geschaffen — und so quirlt denn auch beim Gesange der Marxeilfasse eine Vielheit von Texten durcheinander. Es ist schade gerade um diese prächtigste, ganz von dem vorwärtsstürmenden Geist der Freiheitsbewegung erfüllte Melodie, die von einigen Leuten sogar ganz verworfen wird, weil sie freilich auch das Nationallied der französischen Bourgeoisie ist.

Aber so oder so: gemessen an den wichtigen Rhythmen der Marxeilfasse sind alle übrigen Arbeiter- und Freiheitshymnen bloßfelle Limonade. Das trifft auch die „Internationale“, die sich eigentlich nur im Refrain einprägsamer erhebt. Um so bedauerlicher, als gerade sie offenbar mehr und mehr das Kampflied der Masse geworden ist. Irgendwo, irgendwie holt sich die Zustimmung ihren Ausdruck; sie nimmt ihn ohne ästhetische Ueberlegungen, wa-

re ihn findet — hier ist der Inhalt das Maßgebende! — stößt sich darum auch nicht an groben sprachlichen Schnitten im Text und ereignet das weniger Gute, wenn sie das Gute nicht haben kann. Sogar, wenn sie es haben kann. Der am meisten gelungene Text der Internationale ist nämlich von den dreien, die ich kenne, der angreifbarste. Ein Beispiel nur: „Uns aus dem Elend zu erretten, können wir nur selber tun.“ In der Diederichsen Uebersetzung, die ich für die beste halte, wird das Gleiche so gesagt: „Wir schaffen, um uns selbst zu retten, und unsere Rettung gilt der Welt!“

Und nun: unsere republikanische Hymne! Wir haben keine. Wir haben einen guten Text von Bröger, aber man sagte mir — ich hörte sie noch nicht —, daß die Melodie nicht geeignet sei, sich Seele und Kehle der Masse zu erobern. Einer Reihe anderer Versuche war ebenfalls kein Erfolg beschieden. Und so bliebe denn wohl wirklich nur unser altes, ehrwürdiges „Deutschland, Deutschland über alles“ . . .

Aber: es ist eben bei der gegenrepublikanischen Hindenburg-Rundgebung in München wieder mit frenetischer Begeisterung gesungen worden.

Aber: Die Hakenkreuzler tragen es allerorten auf den Lippen. Die Orgelheute grüßen es. Der wilhelminische Knecht singt's abends in der Schenke.

Hoffmann von Fallersleben, Text und Weise in Ehren! Zugegeben auch, daß die reaktionären Herrschaften gar keine innere Berechtigung zur Annerkennung des Liedes besitzen — dennoch: wen wundert, daß die Masse der Proletarier es ungern in den Mund nimmt? Als es am Verfassungskomitee beim Fackelzug vom Schauspielhaus angestimmt wurde, erhob sich da und dort bestiger Protest — nicht etwa nur bei den Kommunisten. Warum? Das Deutschlandlied ist der Masse verdächtig wie eine Schöne, die schon durch allzu viele und nicht immer saubere Hände gegangen ist. Hans Bauer hat an dieser Stelle das Rötliche darüber gesagt. Die Mehrzahl der sozialistischen Republikaner wird ihm zustimmen.

Was nun? Irgendwie müssen wir wohl aus dem Hymnenelend heraus. Denn daß wir ein Lied brauchen, eins, das den neuzeitlichen Gedanken- und Empfindungskomplex der republikanischen Vaterlands- und der brüderlichen Weltgesinnung schlauchtartig, einfach und begeisternd in Wort und Melodie zusammenfaßt, das ist keine Frage. Jede Demonstration demonstriert es.

Ich meine, der Anstoß sollte von unserem Arbeiterfängerbund ausgehen. Der Vorstand in Gemeinschaft mit einem Ausschuss beider Fakultäten — der musikalischen und der literarischen — könnte ein Ausschreiben erlassen. Leistungsfähige Chöre erproben die zu engerer Auswahl geeigneten Lieder. Und das letzte Urteil müßte ein größeres Forum haben, das nicht lediglich aus Sachverständigen im engeren Sinne bestehen dürfte.

Man mag diese Anregung modifizieren oder ausbauen. Jedenfalls erreichen wir das gemeinsame Lied, das von jedem Republikaner gekannt und gesungen wird, nur mit Hilfe der gesamtlich geschulten Vereine. Hat es hier festen Boden gefaßt, wird es sich auch das übrige Deutschland, soweit es seine junge Republik liebt, erobern.

Und dann: in die Schule damit! Doch dies ist wohl noch ein sehr weites Feld. . .

Dr. Friß Wichert, der Direktor der Mannheimer Kunsthalle, soll vom Magistrat der Stadt Frankfurt a. M. als Leiter an die dortige Siedel-Schule berufen werden. Wichert gilt mit Recht als die erste Autorität auf dem Gebiet der volkstümlichen Kunstpflege und Kunstvermittlung in Deutschland. Seine Organisation der Mannheimer Kunstgemeinde ist schlechthin musterhaft. Gleich nach der Revolution bestand im preussischen Kultusministerium die Absicht, ihn nach Berlin zu ziehen. Der Plan ist aus unbekanntem Gründen damals nicht zur Ausführung gekommen. Wenn Dr. Wichert jetzt geneigt ist, seinen Mannheimer Wirkungskreis zu verlassen, so wäre es vielleicht möglich, ihn doch noch für Berlin zu gewinnen. Ein Mann von seiner Befähigung, Energie und Erfahrung tut der preussischen Kunstverwaltung bitter not.

Der berühmteste Gasthof Deutschlands. Ein Jubiläum kann in diesem Jahre der altehrwürdige Gasthof „Zu den drei Mohren“ in Augsburg feiern. Es war im Jahre 1722, als ein Augsburger Senator, Andreas Wähl, den Palast, der den Fuggern gehört hatte, ankaupte und die noch heute viel bewunderte Fassade errichten ließ. Durch die Fuggerei war das Haus in den Jahren 1492 bis 1498 erbaut worden. Ein Gasthof „Zu den drei Mohren“ hatte freilich schon weit früher bestanden, doch nur in dem kleinen, zur Rechten liegenden Haus. Unmittelbar nach der Neugestaltung erlebte der Gasthof dann mit dem Augsburger Reichstag einen der Höhepunkte seiner Geschichte. Wie die Prachtstraße Augsburger, an der der Gasthof liegt, so recht dazu geschaffen scheint, von prunkvollen Festzügen beschritten zu werden, so haben die „Drei Mohren“ fast zu allen Zeiten glänzende Zusammenkünfte, höchsten Prunk und üppige Bankette gesehen. In dem alten Fremdenbuche, von dem noch eine Abschrift bewahrt ist, liest man die Namen Metternichs und Talleyrands, der Fürsten und Befandten, die zum Kongress nach Wien zogen, so gut wie Wellingtons und der Kaiser von Oesterreich und Rußland. Ein Teil der Geschichte Deutschlands spiegelt sich in den Erlebnissen des alten Hauses, und mer die Fürsten des Reiches sucht, der findet auch Ulland und Feuerbach, Paganini und Spontini, Lamartine, Walter Scott und manchen anderen.

Wie lange scheint die Sonne? Ueber die Sonnenscheindauer in Deutschland sprach Prof. Hellmann in der letzten Sitzung der Preussischen Akademie der Wissenschaften. Prof. Hellmann machte den Versuch, aus gleichzeitigen 25jährigen Beobachtungen an 27 Stationen die Grundzüge der zeitlichen und räumlichen Verteilung der Sonnenscheindauer in Deutschland abzuleiten. Ostdeutschland erweist sich sonnenscheinreicher als Westdeutschland, in dem nur der Rheingau in dieser Beziehung bevorzugt ist. An der Nordküste ist der sonnigste Monat der Mai, weiter landeinwärts der Juni, im äußersten Osten und Süden der August. In der kalten Jahreshälfte hat überall der Nachmittag mehr Sonnenschein als der Vormittag; das gilt auch in der warmen Jahreshälfte für Westdeutschland, während in Ostdeutschland das umgekehrte Verhältnis eintritt. Auf dem Gipfel der Schneetöpfe im Riesengebirge sind im Sommer die frühen Morgenstunden am sonnigsten.

Orgelkonzert. Im Dom veranstaltet Professor Walter Rieger am kommenden Donnerstag, 8 Uhr, ein Orgelkonzert, bei welchem Maria Secretan (Alt) und Hermann Popf (Solocellist des Deutschen Opernhauses) mitwirken.

Die erste gesetzliche Miete in Berlin.

Das Achteinhalbfache für Wohnung, aber das Zweihundertfünzigfache für Heizung.

Die Mehrzahl der Berliner Vermieter hat sich für die gesetzliche Miete entschieden, und die Mieter haben, wo sie die entsprechende Erklärung rechtzeitig erhalten haben, vom 1. Oktober ab diese zu zahlen.

Hauptbestandteil: Betriebskosten.

An feststehenden Beträgen sind 105 Proz. der Grundmiete (z.) zu zahlen, nämlich 5 Proz. für die Steigerung der Hypothekenzinsen, 50 Proz. für Verwaltungs- und Hauswartkosten sowie 50 Proz. für die laufenden Reparaturen.

mehr als 30 Proz. der Grundmiete betragen, ferner Beseitigung von Rohrbrüchen. Dieser Zuschlag bis zu 60 Proz. ist erst dann zu zahlen, wenn das Mieteinigungsamt ihn auf Antrag des Vermieters nach mündlicher Verhandlung festsetzt.

Das Gesamtergebnis.

Die Miete für den 1. Oktober insgesamt 100 Proz. der Friedensmiete, nämlich zum bisherigen staatlichen Satz von 25 Proz. seitens der Gemeinde 75 Proz., statt bisher 25 Proz.

Table with 2 columns: Item, Amount. Includes rows for 'Der Mieter zahlt an Zuschlägen feststehend 105 Proz. z.', 'für Betriebskosten zirka 643 z.', 'für große Reparaturen bis zu 50 z.', and 'Insgesamt 798 Proz. z.'

Diese rund 800 Proz. bedeuten 640 Proz. der Friedensmiete, wozu die erwähnten 100 Proz. Miete kommen. Insgesamt beträgt danach die Belastung des Mieters ab 1. Oktober zirka 740 Proz. zur Friedensmiete.

Die Tagesmiete des Arbeiters, im Frieden meist 1 M., wird danach etwa 8 M. betragen, das Mehr an Miete also etwa 1 M. pro Arbeitsstunde.

Die Suggestions-Brille.

Die Toten sind lebendig geworden. Jene längst Vermordeten, die uns in den Museen als Bildern aller Meister aus wunderbar gefalteten Augenlidern wie Gespenster anlocken.

Viele sträuben sich nur aus Eitelkeitsgründen gegen die von den Krankenkassen gelieferte Brille einfachster Konstruktion! Na ja, schön ist sie ja nicht, aber sie soll doch einen gesundheitlichen Zweck erfüllen.

- 1. Grund- und Gebäudesteuer 2,5 Proz. (bisher 0,5 Proz.) des gemelten Werts, d. i. 4,5 Proz. z.;
2. Entwässerungsgebühr 100 Proz. (bisher 20 Proz.) des Nutzungswertes, d. i. 100 Proz. z.;
3. Wassergeld bei 13 M. (bisher 2,35 M.) pro Kubikmeter 260 Proz. z. (im Frieden bei 10 Pf. pro Kubikmeter 20 Proz. z.);
4. Schornsteinsorgengeld (das 35fache der Friedenslage) 27 Proz. z.;
5. Müllabfuhr (bisher 21 Proz.) 118 Proz. des Nutzungswertes, d. i. 118 Proz. z.;
6. Treppen- und Flurbeleuchtung höchstbegrenzt auf 35 Proz. z.;
7. Feuerversicherung höchstbegrenzt auf etwa 18 Proz. z.;
8. sonstige Versicherung (Glas, Wasserleitung, Haftpflicht) höchstbegrenzt auf 40 Proz. z.;
9. Straßenreinigungsgeld (mit etwa 20 Proz. z.) ist erst ab 1. April 1923 zu erwarten und wird nach Metern der Straßentrasslänge des Hauses und abgestuft nach vier Verkehrsgraden berechnet werden.

Die Betriebskostenumlage wird demnach etwa 643 Proz. der Grundmiete betragen. Hinzu kommen die feststehenden 105 Proz. gleich 748 Proz.

Die großen Reparaturen

Für große Reparaturen kommen bis zu 50 Proz. der Grundmiete in Frage. Nach der Berliner Verordnung gehören dazu auch Beseitigung von Schwamm, ferner Neuansrich und Verfüllung sämtlicher Fenster an einer Hausfront oder des größten Teils derselben, weiter Neuverputzen oder Teeren der Wetterwände sowie solche größere Arbeiten am Dach oder im Treppenhaus, deren Kosten

Sachawachial der Eskimo.

Von Einar Mikkelsen.

Die Frauen waren fein und wurden viel beneidet; sie besaßen all das, was die anderen erst für schweres Geld kaufen mußten, und wenn sie durch Ruwuk gewandert kamen, wo man niemals vorher solche Pracht gesehen, gab es nicht eine Frau, die sich nicht an ihre Stelle gewünscht hätte.

Aber wenn der kurze Tag sich seinem Ende zuneigte, kamen Ruwuks berühmte Elemente zum Gelage in die Hütte, die nun „Bowhead“, nach dem zerfahnenen Schiff, genannt war, und dessen Namenstafel über der Tür trug.

Es ist eine Zeit des Unfriedens in Ruwuk, denn die Weißen sind dort eingebrungen. In der größten Hütte sitzt Ujaral und erzählt alte Sagen und Legenden; er ermahnt seine Zuhörer eindringlich und sagt, daß alle bösen Geister denjenigen heimsuchen werden, der seinen Fuß in Sachawachial setzt.

Es herrscht Streit in Ruwuk, herbeigeführt von den weißen Männern. Die Einwohner waren in drei Lager geteilt, das eine die anderen hasste und jedes auf seine Weise gegen den Übergläubigen, die Aufklärung oder gegen die Verderbnis zu Felde zog.

Wieder schien die Sonne vom klaren Himmel, und der Wal zog nordwärts auf seiner jährlichen Wanderung nach friedlichen und nahrungsreichen Meeren, wo er in Ruhe spielen und sich ohne Furcht paaren konnte, aber er mußte an Ruwuk vorbei, und dort lag Umial an Umial auf Jagd nach dem mächtigen Tier.

Es ging munter und lebhaft zu draußen auf dem Eis an dem offenen Küstenwasser, wo der Kampf ums Dasein geht, wie schon seit Jahrhunderten, ausgekämpft wurde.

Sie arbeiteten nicht wie früher zusammen, sondern ärgerten einander und scheuchten den Wal fort von den anderen Booten, wenn sich dazu Gelegenheit bot, und viele Wale, die in früheren Jahren den vereinten Anstrengungen der Eskimos erlegen wären, konnten nun an Ruwuk mit heller Haut vorbeikommen.

Als der Fang beendet war, hatte man, im Vergleich zu den Anstrengungen, nur ein mageres Resultat aufzuweisen, denn an Land lag kaum die Hälfte der Barten, die man sonst zu erbeuten pflegte, und eine Bootsabteilung schob immer die Schuld auf die andere.

Der Sommer kam, die Zeit der Walfischfängerflotte war da, aber noch hatte man keinen Mast oder Rauch am Horizont über den weißen Eisschollen gesehen.

Und die Klutt erweiterte sich — Ujaral behauptete, er hätte mit bösen Östern gesprochen, die das Eis am Lande hielten, um die Abirünnigen zu strafen, die sich voll Spannung um Mr. Hastings scharten und Gott um offenes Wasser baten.

Die Lebensmittel, die man von dem weißen Mann hatte, gingen an Knapp zu werden, und die Spannung stieg Tag für Tag, während das Eis, von den anhaltenden Weststürmen gegen das Land gepreßt, ruhig und unbeweglich dalag, und kein Wasser zu sehen war.

Dann kam ein Rajalmann aus dem Süden, ganz unten von Cape Lisbourne; man scharte sich um ihn, um Neuigkeiten

Eine Errungenschaft aus dem Kriege ist es, als jeder dritte Degen-träger sich als Ersatz des untriererischen Kneifers auf Generalankosten die wieder ausgegrabene Hornbrille verschrieb.

Straßenbahntarif 10 Mark.

Der ständige Haushaltsausschuß der Stadtverordnetenversammlung beschäftigte sich gestern in längerer Aussprache mit der Dringlichkeitsvorlage des Magistrats über Erhöhung des Straßenbahntarifs von 8 auf 12 M.

Die vom Magistrat vorgeschlagenen erhöhten Gewerbesteuern, eine besondere Kopfsteuer und die Grundsteuer wurden vorgel. weil die Handels- und Handwerkskammer noch nicht gehört worden sind.

Neue Straßenbahn-Bauprojekte.

Für einen Ausbau neuer Straßenbahnstrecken im Norden Spandaus zur Verbesserung des Berliner Nah- und Arbeiterverkehrs ist vor einiger Zeit die Genehmigung erteilt worden.

von der Walfischfängerflotte zu hören, man drängte sich und puffte sich, die Spannung war groß.

Nachrichten brachte er, aber keine guten — die Walfischfängerflotte war im Eise zwischen Point Hope und Cape Lisbourne eingeklemmt worden, erst wurde die eine Schute zerquetscht, dann eine andere, schließlich war fast die Hälfte der Flotte zugrunde gegangen.

Die Flotte kam also nicht, aber statt ihrer die Not. Ruwuks Bewohner waren daran gewöhnt, sich auf die Ankunft des Schiffes zu verlassen und konnten nicht länger ohne das Essen, was sie sich von der Flotte im Tausch für Barten und Speck einhandelten, auskommen.

Als Jim Hackett und der schwarze Joe die Neugierde vernahmen, sahen sie erst ein Weibchen und sahen einander an, als ob sie ihren eigenen Ohren nicht recht trauen könnten, aber dann stand Joe auf, ging zu dem Eiskranz nach einer Flasche Whisky, füllte zwei Gläser, eins für sich und eins für Jim.

„Prof!“ sagte er und lachte. „Jim, weißt du, was das hier bedeutet? Wir haben den großen Wurf gemacht, wir werden reich werden, wir sind die einzigen in Ruwuk, die Essen und Handelsware haben — Jim, Jim, solch ein Schwein, wenn die Flotte im nächsten Jahr kommt, verlassen wir Ruwuk als gemachte Männer!“

„Ja,“ antwortete Jim, „du hast recht, nun können wir machen, was wir wollen, wir können alle die Schreihälse zwingen, für uns zu arbeiten — und wäre es Sachawachial selbst, er kann gern unsere Sachen kaufen — aber teuer.“

„Richtig,“ unterbrach ihn Joe, „teuer, recht teuer, wir werden ihn schon klein kriegen, diesen Sklaven! Nun sind wir es und nicht er, die in Ruwuk befehlen; er soll noch blutig für jedes Bißchen, was er haben will, bezahlen — ja, und ich will ihm seine Frau fortnehmen; Jim, mein Freund, bevor der Walfischfang wieder anfängt, will ich Igluruk hier in unserer Hütte haben!“

„Du?“ fragte Jim, „ja, vielleicht nimmt sie einer von uns, das kann schon stimmen, aber ob du es gerade sein wirst, warum denn eigentlich? Ich habe schon ebensoviel Recht auf sie wie du!“

(Fortsetzung folgt.)



# Unser Parteitag.

**SPD. Kugsburg, 18. September. (Eigener Drahtbericht.)**  
Genosse Adolf Braun legte den Bericht des Parteivorstandes vor: Nur politisch Unfähige können glauben, zu Ehren zu gelangen, indem sie sich in ihrer Lässigkeit für alle Ewigkeit festlegen. Das hat Friedrich Engels schon vor genau 30 Jahren in einem Briefe an Viktor Adler geschrieben. Unsere kommenden Kampfgenossen, denen wir kameradschaftlich die Hand zu gemeinjamem Wirken reichen, haben ebenso wie unsere sonstigen Gegner, die Kommunisten, uns stets zu überbieten gesucht, ohne Rücksicht auf die Hemmungen unseres Könnens, Forderungen aufgestellt, die unmögliche Hoffnungen bei den Arbeitern erwecken sollten. Was uns erhebt, was uns stolz macht auf die Arbeiterklasse, das ist, daß die Arbeiterklasse sich nicht von uns abgewendet, sondern das Vertrauen zu uns sich ganz außerordentlich gesteigert hat. Wir wissen sehr wohl, daß die auswärtigen Fragen vor den innerpolitischen heute den Vorrang haben. Wir wissen, daß die Zahlungsfähigkeit Deutschlands weit mehr als von unserem Willen von unserer Sparsamkeit, von dem Einsetzen unserer Arbeitskraft, von den Reparationszahlungen abhängig ist, daß die Stabilisierung unserer Währung von der Möglichkeit einer

großen auswärtigen Anleihe abhängt. Wir wissen, was der Währungsverfall, was die uns angedrohte Brotverknappung für eine Bedeutung haben. Wir haben keine Sehnsucht nach russischen Zuständen. Aber wir wissen, daß hier auch vieles an uns, wenn auch noch weit mehr an der Bourgeoisie zu bessern ist. Wir empfinden es als eine Gefährdung der Volksmoral, als eine Schöpfung ganz falscher Urteile im Auslande und im Inlande über unsere Leistungsfähigkeit, daß sich der Luxuskonsum immer mehr vordrängt. Wir empfinden die hohe Zahl der Diskonten, Bars, Dienen und Schlemmergaststätten als eine Schande für das deutsche Volk. Die Anträge gegen den Alkoholismus aus den Kreisen der Parteigenossen zeigen, daß ein Teil der Fehler der Bourgeoisie auch die Fehler der Arbeiter sind. Wir erkennen die Not der deutschen Presse, die unser geistiges Sein herunterdrückt, als eine überaus gefährliche Erscheinung, die in der Demokratie noch schwieriger zu ertragen ist als dort, wo die Diktatur und die Pressenfreiheit herrscht.

Im Gegensatz zu den Kommunisten wollen wir den Laizisten ins Gesicht sehen. Wir wissen, daß alle Einkommenssteigerungen weitgehend durch die Geldentwertung. Wir wissen, wie schlecht es um die Befriedigung des Wohnungs- und Kleidungsbedürfnisses bestellt ist, aber wir wollen uns auch klar sein, daß die Schwierigkeiten in deutschen Wirtschaftslagen, die des Reiches und der Städte, der Familien, Angestellten und Arbeiter, nur durch die Macht über die Arbeiterklasse in Deutschland wirklich verfügt, geändert werden können.

**Alle Macht geht vom Volke aus.**  
Das ist der oberste Grundsatz in der deutschen Republik. Deshalb sollten unsere Kritiker nicht vergessen, daß nicht die Erwählten, sondern die Wähler und Wählerinnen den Grad unserer Macht bestimmen. Wir können unsere Macht nur verhärtet, wenn wir die Zahl unserer Anhänger immer weiter vergrößern. Das gilt für die Männer, noch mehr für die Frauen. Den jugendlichen Arbeiter und die jugendliche Arbeiterin, den Nachwuchs der Generation, müssen wir zu verstehen suchen. Wir müssen begreifen, daß sie vieles anders aufassen, wie wir es nach 30- oder 40jähriger Wirksamkeit in der Partei tun. Mit Trauer sehen wir, daß noch viele Handarbeiter bei bürgerlichen Parteien wirken. Noch weit schlechter steht es bei den Kopfarbeitern, bei den Angestellten, Beamten, bei den Angehörigen der freien Berufe und bei den vielen Leuten, die nicht zu den Handarbeitern gehören. Wenn die Erfolge in diesen Schichten uns noch nicht bechieden sind, so liegt das vielfach an den falschen Methoden. Aber wir wollen auch nicht außer Acht lassen, daß wir eine Jahrhundertlange Entwicklung, die in der Beamenschaft zur Überzeugung geführt hat, daß sie eine in sich abgeschlossene, eigenartige, über das Volk gestellte, nicht in dem Volk wurzelnde Klasse ist, nicht durch die Agitation weniger Jahre überwinden können. Hier ist noch viel nachzuholen, und hier ist die Anpassung der agitatorischen Methode an das agitatorisch zu beackernde Gebiet notwendig.

Diese Agitation erfolgreich zu führen, müssen wir unsere Presse zum bedeutsamsten Agitationsmittel der Sozialdemokratie machen.  
**Die Not der Presse schreit zum Himmel.**  
139 Tageszeitungen besitzt die Sozialdemokratische Partei. Die wenigen sozialdemokratischen Zeitungen, die eingegangen sind, sind durch andere ersetzt worden. Im allgemeinen kann hiermit unsere Parteipresse recht zufrieden sein. Wir müssen ihre Leistungen in einer Zeit, wo immer neue Aufgaben ihr gestellt werden, bewundern. Gern wollen wir Dank sagen; aber wir wollen es auch an der Selbstkritik nicht fehlen lassen. Wir wollen unser Auge nicht verschließen, daß in manchen in den letzten Jahren in unsere Redaktionen eingetretenen Genossen die Parteitradition, der Parteinstinkt, nicht so lebendig sind, wie wir es wünschen. Aber

andererseits wollen wir zur Beruhigung sagen, daß es einzelne Redakteure gibt, die sich nicht finden können in andere Verhältnisse, die unserer Partei gestellt sind. Wer die große Lehraufgabe, die dem pflichtbewußten Journalisten gestellt ist, kennt, der wird sich in der Gewalt halten müssen und wird seine eigenen Stimmungen und Aufregungen nicht einfach zu Papier bringen. Wir alle waren aufgeregt, wir alle waren aufs tiefste erschüttert, wir alle empfanden das Bedürfnis nach hartem Gericht, als Rathenau ermordet wurde, aber nur in einer Zeitung lasen wir einen Artikel mit der Ueberschrift „Knüppelt die deutschnationalen Mörderbanden nieder!“. Es gehört eine journalistische Gewissenhaftigkeit dazu, aus jener journalistischen Engeleisung einen Schluß zu ziehen auf die sozialdemokratische Presse. Dr. Paul Lenich, der früher so radikal war, daß keiner von uns gegen ihn auskommen konnte, steht jetzt über Sinnes. Der Fall Lenich ist aber, Gott sei Dank, ein Einzelfall innerhalb unserer Partei. Es gibt glücklicherweise nur wenige, die sich durch Geld oder andere Vorteile verleiten lassen, für die reaktionäre Presse zu arbeiten. Der sozialdemokratische Journalismus muß stolz sein, seine Kraft nur der Partei und der Presse zu widmen. Was Kaliski gesagt hat, dafür mache man die „Postische Sig.“ und gewisse jüdische Kreise verantwortlich, aber nicht die Sozialdemokratie.

Weiter gibt es für unsere Partei kein Patentrecht und Namensrecht. Aber ganz dunkle Gedächtnisse können das von ihnen herausgegebene Blatt sozialdemokratisch nennen, wenn es auch anderen Blättern Material gegen die Hehe liefert, wie früher der famose Reichsverband zur Bekämpfung der Sozialdemokratie. Hier sei ausdrücklich bemerkt, daß der „Firn“, dieses Blatt, das keine hundert zahlenden Abonnenten hat, mit der Sozialdemokratie, mit irgendeiner sozialdemokratischen Organisation und mit einer für die Sozialdemokratie verantwortlichen Person auch nicht die geringste Gemeinschaft besitzt.

In eine harte Zeit gestellt, damit rechnend, daß noch schwere Prüfungen dem deutschen Volk und insbesondere der deutschen Arbeiterklasse bevorstehen, wollen wir uns die Erkenntnis der Notwendigkeit unseres Wirkens für die Partei auf diesem Parteitage zur Aufgabe machen. Wir wollen hoffen, daß auch in dem zu Nürnberg zu wählenden Parteivorstande die gleiche Einmütigkeit und Freudigkeit des Wirkens, die gleiche Kameradschaftlichkeit und das gleiche gegenseitige Vertrauen zum Vorteil für die Gesamtpartei herrschen wird, wie das in dem nun abirenden Parteivorstande zu unserer persönlichen Genugtuung, zur Steigerung unserer Leistungsfähigkeit und, wie wir hoffentlich von Ihnen befehligen erhalten, auch zum Nutzen der Arbeiterklasse der Fall war. (Lebhafte Beifall.)

Sodann spricht über Agitation, Organisation und Massenberichte **Friedrich Bartels:**

Die Geldentwertung ist natürlich an der Organisation und unserer Parteitagitation nicht spurlos vorübergegangen. Die Einnahmen halten nicht Schritt mit der Steigerung der Ausgaben, und deshalb mußten mancherlei Beschränkungen in der Werbetätigkeit eintreten. Die Steigerung der Parteieinnahmen ist also geradezu eine Lebensfrage für die Partei. (Sehr richtig!) Wir müssen den Beitrag auf mindestens 5 Mark erhöhen. Der Parteikörper darf nicht lahmgelegt werden aus Mangel an Geldmitteln. Das würde nur der Reaktion nützen. Am 1. Juni haben wir die Postenstaffe gegründet. Sie gilt zunächst nur für die Geschäftsführer, Redakteure und Parteisekretäre, weil wir wegen der Unsicherheit der Verhältnisse den Umfang der Versicherungen nicht zu sehr vergrößern können. Die Werbe- und Aufklärungsarbeit ist zweifellos planmäßiger als in früheren Jahren betrieben worden. Das Bildungswesen in der Zeit hat eine günstige Entwicklung genommen. Auch die Arbeiter-Jugendbewegung entwickelt sich in guter Weise. Die Parteifinancen leiden darunter, daß infolge der starken Geldentwertung in den letzten Monaten die Ausgaben sehr erheblich gestiegen sind. Es ergibt sich die zwingende Notwendigkeit der Stärkung der Parteifinancen, dann werden wir eine schlagkräftige Organisation haben. (Lebhafte Beifall.)

**Ueber die Frauenbewegung berichtet Genossin Juchacz:**  
Es ist notwendig, daß für die Frauen besondere Veranstaltungen gemacht werden. In den Bezirken, wo dies geschieht, geht die Frauenbewegung lebhaft vorwärts. Wir müssen den Frauen beibringen, daß die Beiträge für die Partei und die Zeitung keine überflüssigen Ausgaben sind. Das Ausland hat der deutschen Not, vor allem der Kindernot, große Aufmerksamkeit gewidmet. Besonders das kleine Dänemark hat hier hervorragendes geleistet. (Bravo!) Die sozialdemokratischen Frauen haben die Hilfsaktion geleitet und dadurch sozialdemokratischen Geist in diese Arbeit hineingetragen. Wir können in unserer Arbeit auch von den Segnern lernen und müssen dem nachstreben, was uns unsere wissenschaftlichen Vorkämpfer gelehrt haben. (Beifall.)  
Den Bericht der Kontrollkommission erstattet Bruchne-Frankfurt a. M.: Die Kontrollkommission hatte sich im Laufe des Jahres

mit einem Einspruch der Braunschweiger Preßkommission zu beschäftigen, die sich darüber beschwerte, daß der Restor des Parteivorstandes den statutarisch festgelegten Beitrag für die Zentralkasse einbehalten hatte. Die Beschwerde wurde abgewiesen. Nachdem Bruchne noch mit ehrenden Worten des verstorbenen Mitgliedes der Kontrollkommission, Pinkau, gedacht hatte, beantragte er die Entlastung des Vorstandes.  
(Den Schluß des Berichts finden unsere Leser im Hauptblatt.)

## Groß-Berliner Parteinachrichten.

1. Kreis Weidling. Arbeitergemeinschaft der Kindererzieher. Mittwoch, den 20. September, 7 1/2 Uhr, im Ledigenheim, Schönhaiderstraße, vorn 5. Etz., Sitzung aller Helferinnen und Helfer, die sich zur Winterarbeit für die Schulen Götzenburger, Putzauer und Müllerscher Straße sowie Ruheplatzstraße zur Verfügung stellen wollen.
2. Kreis Prenzlauer Berg. Die Parteiverammlung aller Ehrenmitglieder und Kandidaten findet nicht am Mittwoch, den 20. September, sondern am Donnerstag, den 21. September, in Rahes Festsaal, Friedrichstr. 20, statt. Sozialistische Lehrer und Eltern willkommen.
3. Kreis Friedrichshagen. Parteiverammlung. Mittwoch, den 20. September, 7 1/2 Uhr, Funktionärsversammlung, Meitnerstr. 10/11.

Heute, Dienstag, den 19. September:

1. Kreis Charlottenburg. Die Funktionärsversammlung findet nicht am Dienstag, sondern am Mittwoch, den 20. September, 3 Uhr, im Lokal Röhrenmann, Helmholzstr. 20, statt.
2. Jungsozialisten. Gruppe Friedrichshagen: 1 Uhr im Jugendheim Parkau 10 Friedrichshagen.

Morgen, Mittwoch, den 20. September:

1. 11. und 12. Wkt. 7 1/2 Uhr öffentliche Parteiverammlung in der 122. und 124. Gemeindehalle, Demmlerstr. 27. Thema: Religion und weltliche Schule. Referent: Max Müller.
2. 13. Wkt. 7 1/2 Uhr Parteiverammlung bei Rathenau, Götzeplatz. 12. Der Parteivorstand ist schon um 7 Uhr dort.
3. 14. Wkt. 7 1/2 Uhr Parteiverammlung im Gymnasium Geseffstr. 15. Thema: Das Reichsbrotgesetz. Referent: Genosse Reigentr.
4. 15. Wkt. 7 1/2 Uhr Parteiverammlung und Funktionärsversammlung bei Teubel, Weidlingstr. 23. Abrechnung der noch ausstehenden Beiträge und Abschlüsse. — 16. Wkt. 7 1/2 Uhr bei Teubel, Weidlingstr. 23. Abrechnung der Funktionäre und Betriebsvereinsmitglieder. Wichtige Tagesordnung, alles in abzurufen.
17. 17. Wkt. 7 1/2 Uhr Parteiverammlung in der Schulaula Rosenstraße. Tagesordnung: Jugendberatung. Referent: Gen. Friedrich.
18. 18. Wkt. 7 1/2 Uhr in der Aula der Röhrenmann-Schule, Röhrenmannstr. 20. Parteiverammlung. Thema: Die Parteifinancen. Referent: Gen. Juchacz.
19. 19. Wkt. 7 1/2 Uhr Parteiverammlung im Lokal Schlenker, Simplicienstraße 42. Die Parteiverammlung mußten auch erscheinen.
20. 20. Wkt. 7 1/2 Uhr Parteiverammlung im Lokal Röhrenmann, Helmholzstr. 20. Thema: Die Parteifinancen in Deutschland. Referent: Kurt Hoffmann. Beiträge werden dort entnommen.
21. 21. Wkt. 7 1/2 Uhr Parteiverammlung beim Gen. Cappel, Oberwiesstr. 14. Thema: Die Parteifinancen. Referent: Kurt Hoffmann. Die in der letzten Parteiverammlung beschlossene Parteiverammlung am Mittwoch, den 20. September, findet nicht statt.

## Jugendveranstaltungen.

Abendessen: Jugendheim Lindenstr. 3, Vortrag: „Speranza“.

## Vorträge, Vereine und Versammlungen.

Wiederholung Berlin-Pudohl. Hauptmitgliederversammlung im Ref. Hofbad, Pudohlstr. 71, am Mittwoch, 20. September, um 4 1/2 Uhr. Tagesordnung: Unsere Ziele am 1. Oktober 1922.

## Sport.

Rennen zu Straußberg am Montag, den 18. September.

1. Rennen. 1. Glückhaube (Häsel), 2. Fairytale (Tief), 3. Venus (Ruhst). Toto: 16:10, Platz: 11, 18:10. Ferner liefen: Riri, Montalini.
2. Rennen. 1. Smaragd (Harmonie), 2. Reichgrün (Möhlen), 3. Uranus (Dorost). Toto: 88:10, Platz: 13, 11, 11:10. Ferner liefen: Adolar, Halbrot, Corn, Capitalist (ausgedr.).
3. Rennen. 1. Tor di Quinto (Süßinger), 2. Lango (Maitenberger), 3. Wajsbär (Renzsch). Toto: 69:10, Platz: 20, 15, 23:10. Ferner liefen: Lappenburg, Biene, Krante, Malawia, Lada Schramm, Elcorie, Pader, Gachas Greif, Lisa, Garbelle, Albert, Palmstamm, Gama.
4. Rennen. 1. Stürmer II (v. Falkenhann), 2. Nacht (Widrich), 3. Bellagar. Toto: 9:10 (Stürmer), 25:10 (Nacht), Platz: 11, 15, 14:10. Ferner liefen: Jummelmann, Willibert, Capitalist (ausgedr.), Sichelkling (angef.).
5. Rennen. 1. Damiana (Wäler), Borgelber (Wier), 3. Diamant (Wismar). Toto: 44:10, Platz: 26, 26:10. Ferner liefen: Oxyerel, Gehalnd, Segul.
6. Rennen. 1. Oberleis Goshu (v. Wehrhagen), 2. Royal Blue (Herr Schen), 3. Bekabonna (v. Falkenhann). Toto: 31:10, Platz: 21, 26:10. Ferner liefen: Obo, Berwoll II.
7. Rennen. 1. Urke (Scher), 2. Mraffa (Staudinger), 3. Schwerehöfer (Raiser). Toto: 30:10, Platz 14, 19, 21:10. Ferner liefen: Genditt, Raperjhammer, Leonides, Coppa.

## Briefkasten der Redaktion.

Briefliche Zuschriften werden nicht veröffentlicht. — Jeder Akt des Briefkastens bestimmt die Adresse für eine Nummer und eine Nummer bei. Einige Anfragen tragen nur in der Zuschriften-Sprechstunde, Lindenstr. 3, 1. Hof part. links, vor. Schriftliche und Wertlose sind mitzubringen.  
3. 3. W. Geschichte der deutschen Sozialdemokratie von Franz Mehring. Verlag: J. B. Metzger; ebenfalls einige Monographien über den unglücklichen Sozialismus. Verlegt die Verlagsgesellschaft von der Buchhandlung Bornheim. — R. M. Die Verzeichnung erfolgt durch Heftzahl bei jeder 1100 Gros Selus.

# ZWEI TRÄGER GUTEN RUFES

**Maffary Delit**  
soel wie der Name

**Fritzi Maffary**  
eine Zigarette von Rang

Urteilen Sie selbst!

Theater, Lichtspiele usw.

Theater advertisements including Gpernhaus, Volkshühne, Lessing - Th., Maria Stuart, Deutsches Theat., Kammerspiele, Komödienhaus, Berliner Th., Pompador, Residenz-Th., Wildermerstfächer, Trianon - Th., Erika Güssner in Fissi, Kleines Th., Irene Triesch, and Totentanz.

Komische Oper

Europa spricht davon!! Die große internationale Revue in 20 Bildern. 6 Pracht-Ballette!! 200 Mitwirkende!!

Der „Blau Vogel“ Goitzstr. 9. Tel. Nollendorf 1613. Anf. 8 1/2 Uhr. Vorstellung ab 9 Uhr.

Die tolle Lola Neues Th. am Zoo 7 1/2 Uhr. Darin: Die tolle Lola.

Folies Caprice Dönhofsplatz 133 (Dönhofspl. Tor) Tägl. 7 1/2 Uhr. Madame Cocotte Die Badewanne Beethoven-Sonate

Varieté-Spielplan Kaufen gestattet! WINGE-BARTEN Sing. Bühnen-Brill. Tägl. 7 1/2 Uhr.

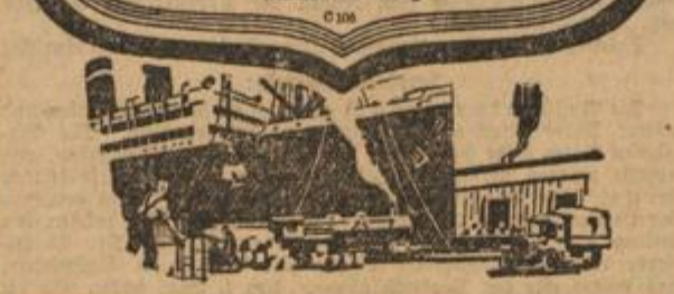
Rennen zu Grunewald Dienstag, den 19. Sept. nachm. 2 Uhr.

AMERIKA

geschäftlich und zum Vergnügen.

Verbinden Sie Geschäft und Vergnügen, indem Sie auf einem Dampfer der United States Lines nach Amerika fahren. Diese ruhig laufenden, bequemen Dampfer bieten Ihnen jede Bequemlichkeit eines modernen Hotels. Sie werden Amerikaner an Bord treffen und Sie werden höchlichster Bedienung begegnen.

UNITED STATES LINES



Magen: Kompl. Wochenbett-Ausstattungen. Magenleiden, schmale Verdauung, Magenbeschwerden werden behoben durch Reich's Magen-Tropfen.

Casino-Theater

Urania 8 Uhr. Einstein-Film Potsdamer Str. 35. Der schlummernde Vulkan.

BTL Circus Busch Tägl. 7 1/2, 9, nach 11 Uhr. Die Eröffnung ein voller Erfolg! 15 Circus-15 Sesseltänze.

Platin-, Gold- und Silberbruch Zahngelbte, Uhren, Ketten, Güngs sowie sämtliche Almetalle kauft zu Engrospreisen.

Platin-, Gold- und Silberbruch Zahngelbte, Uhren, Ketten, Güngs sowie sämtliche Almetalle kauft zu Engrospreisen.

Korpulenz - Fettlosigkeit und Dr. Hoffmanns gelblich-weiße Entfettungs-Tabletten ein vollkommenes, unbeschädliches und erprobtes Mittel zum Abnehmen.

Deutscher Metallarbeiter-Verband

Verwaltungsstelle Berlin. Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unter Leitung des Generalsekretärs Heinrich Sogloweck am 5. September 1922, um 8 Uhr, im Krematorium Baumgartenweg, die 19. Versammlung des Verbandes abgehalten wird.

Mittwoch, 20. Sept., abends 6 Uhr, im Dresdener Garten, Dresdener Str. 43. Die 19. Versammlung des Verbandes der Silberarbeiter u. Arbeiterinnen.

Mittwoch, 20. Sept., abends 7 Uhr, im Verbandsklub, Zimmerstraße 59-61. Die 19. Versammlung des Verbandes der Silberarbeiter u. Arbeiterinnen.

Mittwoch, 20. Sept., abends 8 Uhr, im Verbandsklub, Zimmerstraße 59-61. Die 19. Versammlung des Verbandes der Silberarbeiter u. Arbeiterinnen.

Mittwoch, 20. Sept., abends 9 Uhr, im Verbandsklub, Zimmerstraße 59-61. Die 19. Versammlung des Verbandes der Silberarbeiter u. Arbeiterinnen.

Mittwoch, 20. Sept., abends 10 Uhr, im Verbandsklub, Zimmerstraße 59-61. Die 19. Versammlung des Verbandes der Silberarbeiter u. Arbeiterinnen.

Mittwoch, 20. Sept., abends 11 Uhr, im Verbandsklub, Zimmerstraße 59-61. Die 19. Versammlung des Verbandes der Silberarbeiter u. Arbeiterinnen.

Jedes Wort 10.- M. Das fettdruckte Wort 12.- M. (unlässlich und Schlafschriftenschriften das erste Wort (fettdruckte) 7.- M. jedes weitere Wort 5.- M. Worte über 15 Buchstaben zahlen doppelt.)

Kleine Anzeigen

Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 4 1/2 Uhr nachm. in der Haupt-Expedition des Vorwärts, Berlin SW 68, Lindenstraße 7, abgegeben werden. Geöffnet von 9 Uhr früh bis 5 Uhr nachm.

Verkäufe: Kleines Silbergeschloß, Kleines Silbergeschloß, Kleines Silbergeschloß, Kleines Silbergeschloß.

Rechtsanwälte: Rechtsanwälte, Rechtsanwälte, Rechtsanwälte, Rechtsanwälte.

Große Vorteile in wenig getragenen: Große Vorteile in wenig getragenen, Große Vorteile in wenig getragenen.

Bettmöbel billig! Diese Bettmöbel: Bettmöbel billig! Diese Bettmöbel, Bettmöbel billig! Diese Bettmöbel.

Goldene und silberne Schmuckstücke: Goldene und silberne Schmuckstücke, Goldene und silberne Schmuckstücke.

Silbergeschloße, Messinggeschloße, Eisen-: Silbergeschloße, Messinggeschloße, Eisen-

Silbergeschloße, Messinggeschloße, Eisen-: Silbergeschloße, Messinggeschloße, Eisen-

Rechtsanwälte: Rechtsanwälte, Rechtsanwälte, Rechtsanwälte, Rechtsanwälte.

Geschäftsverkäufe: Geschäftsverkäufe, Geschäftsverkäufe, Geschäftsverkäufe, Geschäftsverkäufe.

Möbel: Möbel, Möbel, Möbel, Möbel.

Schiffelungen: Schiffelungen, Schiffelungen, Schiffelungen, Schiffelungen.

Möbel: Möbel, Möbel, Möbel, Möbel.

Chaiselongue: Chaiselongue, Chaiselongue, Chaiselongue, Chaiselongue.

Fahrräder: Fahrräder, Fahrräder, Fahrräder, Fahrräder.

Kaufgesuche: Kaufgesuche, Kaufgesuche, Kaufgesuche, Kaufgesuche.

Grammophone: Grammophone, Grammophone, Grammophone, Grammophone.

Chaiselongue: Chaiselongue, Chaiselongue, Chaiselongue, Chaiselongue.

Chaiselongue: Chaiselongue, Chaiselongue, Chaiselongue, Chaiselongue.

Chaiselongue: Chaiselongue, Chaiselongue, Chaiselongue, Chaiselongue.

Seiffers, Weinstock, Stühle: Seiffers, Weinstock, Stühle, Seiffers, Weinstock, Stühle.

Geschäftsankäufe: Geschäftsankäufe, Geschäftsankäufe, Geschäftsankäufe, Geschäftsankäufe.

Unterricht: Unterricht, Unterricht, Unterricht, Unterricht.

Verkauf: Verkauf, Verkauf, Verkauf, Verkauf.

Verschiedenes: Verschiedenes, Verschiedenes, Verschiedenes, Verschiedenes.

Verschiedenes: Verschiedenes, Verschiedenes, Verschiedenes, Verschiedenes.

Vermietungen: Vermietungen, Vermietungen, Vermietungen, Vermietungen.

Arbeitsmarkt: Arbeitsmarkt, Arbeitsmarkt, Arbeitsmarkt, Arbeitsmarkt.

Stellenangebote: Stellenangebote, Stellenangebote, Stellenangebote, Stellenangebote.

Zeitungsböten: Zeitungsböten, Zeitungsböten, Zeitungsböten, Zeitungsböten.

Zeitungsböten: Zeitungsböten, Zeitungsböten, Zeitungsböten, Zeitungsböten.

Zeitungsböten: Zeitungsböten, Zeitungsböten, Zeitungsböten, Zeitungsböten.

Zeitungsböten: Zeitungsböten, Zeitungsböten, Zeitungsböten, Zeitungsböten.

Zeitungsböten: Zeitungsböten, Zeitungsböten, Zeitungsböten, Zeitungsböten.

Zeitungsböten: Zeitungsböten, Zeitungsböten, Zeitungsböten, Zeitungsböten.

Weinberger Brunnenstr. 25. Detailverkauf von Herren-, Damenstiefeln und -schuhen zu Fabrikpreisen.

## Kommunistische Verdrehungskunst.

Die französische Havas-Agentur verbreitet eine Meldung, wonach auf Einladung des Generalsekretärs des „Aktionsausschusses für die zerstörten Gebiete“ Doucedame die deutschen Gewerkschaften eingeladen wurden, Vertrauensleute mit weitgehenden Vollmachten nach Paris zu entsenden, um Verhandlungen über den Anschluß einer größeren Lieferung von Material für den Wiederaufbau der zerstörten Gebiete zu pflegen. Die Havas-Meldung besagt weiter, daß die deutschen Gewerkschaften diese Einladung angenommen hätten und daß eine Abordnung des ADGB heute in Paris erwartet wird. Unter dem Vorhinein des sozialistischen Abgeordneten und Bürgermeisters von Lens, Basin, würde eine Sitzung des Aktionskomitees mit den deutschen Vertretern stattfinden, der auch Douhaug und der Vorstand des Bauarbeiterverbandes beizuhören wären. In dieser Sitzung sollen, immer nach Havas, wichtige Entscheidungen über die Verwirklichung der Wiesboderer Vereinbarung, des Bemelmans-Abkommens und des Stinnes-Luberjac-Vertrages getroffen werden.

Und nun triumphiert die „Rote Fahne“ unter der Überschrift: „Der ADGB als Agent des Stinnes-Vertrages“ und behauptet, diese Meldung sei ein neuer Beweis für die von ihr aufgestellte, von uns inzwischen widerlegte Behauptung, daß sich der ADGB für die Durchführung des Stinnes-Luberjac-Abkommens einsetze. Dadurch, daß diese Lüge ein neues Mal wiederholt wird, wird sie doch nicht zur Wahrheit. Allerdings ist die Havas-Meldung derart formuliert, daß sie jene Zweideutigkeit offen läßt, die das kommunistische Blatt natürlich für seine Zwecke ausnützt. Die zweideutige Wendung, als ob bei den Verhandlungen mit den deutschen Arbeitervertretern die Mitwirkung der deutschen Gewerkschaften bei der Durchführung des Stinnes-Luberjac-Abkommens besprochen werden würde, ist nach unserer Kenntnis der Dinge total unrichtig. Es handelt sich bei den ganzen Verhandlungen genau um das Gegenteil einer Unterstützung des Stinnes-Luberjac-Abkommens durch die beteiligte Arbeiterorganisation. Es handelt sich vielmehr um einen Gegensatz der vereinten Kräfte des deutschen und des französischen Proletariats gegen diesen Versuch der Ausrichtung einer kapitalistischen Hegemonie über die beiden Länder. Der betreffende „Aktionsausschuß“ unter Leitung Doucedames steht den von Luberjac vertretenen Genossenschaften ungefähr so gegenüber, wie die sogenannte „Rote Gewerkschaftsinternationale“ dem Amsterdamer Gewerkschaftsbund. Unseres Wissens ist übrigens der ADGB, als solcher an den Verhandlungen, auf die Havas anspielt, gar nicht unmittelbar beteiligt, sondern es handelt sich lediglich um die Fortsetzung der schon vor zwei Jahren zwischen dem französischen Bauarbeiterverband und dem „Aktionsausschuß“ auf der einen Seite und dem Deutschen Arbeiterverband sowie dem Verband sozialer Baubetriebe auf der anderen Seite gepflogenen Verhandlungen. Die bereits getroffenen Vereinbarungen waren bekanntlich am Widerstand der französischen Regierung bisher gescheitert, und nun erachten unsere französischen Genossen den Zeitpunkt für gekommen, sie wieder aufzunehmen. Denn da die Poincaré-Regierung und ihre Presse das Abkommen mit Stinnes günstig aufgenommen haben, ist es ihnen moralisch unmöglich, ihren Widerstand gegen die Verhandlungen zwischen deutschen und französischen Arbeiterorganisationen weiter fortzusetzen, lediglich weil es sich um Arbeiterorganisationen und nicht um schwerindustrielle Konzerne handelt. Insofern besteht ein Zusammenhang zwischen den Verhandlungen, auf die die Havas-Meldung anspielt, und dem Stinnes-Luberjac-Abkommen, aber das ist auch der einzige Zusammenhang.

## Kleinasiatisches Flüchtlingselend.

Paris, 18. September. (W.B.) Nach einer Havas-Meldung aus Athen haben französische und italienische Schiffe gestern ungefähr 10 000 Flüchtlinge aus Klein-Asien gelandet. Der armenische Bischof, dessen Ermordung durch die Kemalisten gemeldet worden war, sei heil in Athen angekommen. Die griechische Regierung habe die Verstärkung der Truppen an der thrakischen Grenze beschlossen. Die aus Klein-Asien kommenden Flüchtlinge würden von jetzt an nach Kreta und nach anderen Inseln geschickt werden.

## Wilhelms Freite.

Von Kreuzwendebich Rückwärts, Igl. preuß. Hof- und Bänkelsänger.

III. meldet: Der Generalvollmächtigte des Königlich Preussischen Reichs, Herr v. Berg, gibt folgendes bekannt: Seine Majestät der Kaiser haben sich entschlossen, eine neue Ehe einzugehen, und werden voraussichtlich im November d. J. die verm. Prinzessin Hermine v. Schornau-Carolath, geborene Prinzessin Neufeld, als Gattin heimzuführen.

Heil will unser Leid verführen:  
Wilhelm geht auf Freierrücken.  
Und er nimmt — ich bin ganz platt —  
Eine Schönau-Carolath,  
33 J., den dreißigjährigen,  
Seht demnachst wir, wie als Pärchen  
Treibt den allerhöchsten Hirt er. —  
Kinder, Kinder, wird er, wird er?

Wirklich, das ist sehr gelungen:  
Erst schreibt er Erinnerungen,  
Plötzlich — schwubb — auf einen Rutsch  
Ist ihm die Erinnerung futsch  
An die selbige Auguste,  
Schmuppe ist sie ihm, ganz puste!  
Ach, der Patriot, mir scheint,  
Hat umsonst um sie geweiht.  
Bänglich staunt jetzt ganz verwirrt er:  
Kinder, Kinder, wird er, wird er?

Auch beim „Bunde der Aufrechten“  
Sieht man zogen Händelstechen.  
Diese Sache kommt ihm vor  
Als ein Schlag in sein Kontor.  
Ganz verblüht alle Hieren:  
„Gratu- oder fondosieren?“  
Sprosse adligster Geschlechter,  
Bist du jetzt noch ein Aufrechter?  
Unglückseliger Berichter!  
Kinder, Kinder, wird er, wird er?“

Eben Gedin, der weißberühmte schwedische Forschungsreisende, wird auf Einladung der Deutsch-Schwedischen Vereinigung am Sonnabend, den 23. 7., Uhr abends, in der Reiten Allee der Unterstadt einen Vortrag mit Bildnissen über Tibet und seine Bewohner halten. (Eintritt zur Bedienung der Unkosten 5 Kr., für Mitglieder 3 Kr.)

Central-Theater. Die Winterzeit wird am 29. mit einer Aufführung von Götts „Kleinbürger“ (Regie: Edwin Pöhlner) eröffnet. Für die Rolle des Belagerten wurde Hermann Kollmann verpflichtet.

Chadwick Expeditionsschiff „Duesch“, mit dem der Verlorene seine letzte Fahrt unternommen hatte, ist nach Plymouth zurückgekehrt. Die Besatzung ist gesund. Nach den letzten veröffentlichten neuesten statistischen Feststellungen zählt Litauen gegenwärtig 2 293 100 Einwohner.

# Die Debatten in Augsburg.

Nach der Mittagspause teilt Wels mit, daß von der SPD. und USP. je 150 Delegierte zum

## Einigungskongress in Nürnberg

entsandt werden sollen. Der Parteivorstand schlägt vor, 144 Delegierte zu entsenden, und zwar die Mitglieder des Parteivorstandes, der Kontrollkommission und die Vertreter der Bezirke. Die Delegierten sollen bis Dienstag früh bestimmt werden. Der Parteitag ist damit einverstanden.

Es folgt die

## Debatte über den Vorstandsbericht.

Berner-Hamburg: Ich habe den Auftrag, im Namen der Hamburger sowie der Bevölkerung der preussischen Gebiete, die an Hamburg grenzen, Klage darüber zu führen, wie die Verhandlungen zwischen Hamburg und Preußen über die Hamburger Gebietserweiterung geführt wurden. Ich verteidige nicht den Standpunkt des Hamburger Senats, aber noch mehr als von Hamburg ist von Preußen gesündigt worden. Für uns muß in erster Linie der Wille der Bevölkerung maßgebend sein. Wir beantragen, daß die Partei eine Kommission zusammenberufe, die einheitliche Richtlinien in dieser Frage für die gesamte Partei festzustellen sucht.

Buchwitz-Görsitz erstattet den Bericht der Mandatsprüfungskommission, aus dem hervorgeht, daß 349 stimmberechtigte Delegierte am Parteitag teilnahmen. Alle Mandate werden für gültig erklärt. Darauf wird in der Debatte fortgefahren.

Brochwitz-Frankfurt a. M.: Ich kann nicht die geringen Fortschritte und gelegentlichen Rückschläge in der Partei allein auf die wirtschaftlichen Verhältnisse zurückführen. Unserem Parteileben fehlt die innige Anteilnahme der Parteimitglieder. Redner bemängelt dann die Mitarbeit führender Genossen an bürgerlichen Blättern und kritisiert die Haltung der „Neuen Zeit“ an der Einigungsfrage.

Drescher-Halle: Wir müssen unseren Parteiapparat viel besser ausgestalten.

## Unsere Anhänger auf dem Lande

müssen Funktionäre haben, die ihnen ständig zur Seite stehen. Die Parteifinanzen müssen wesentlich gestärkt werden. 5 Mark Wochenbeitrag dürfen nicht nur Normal-, sondern müssen Mindestsätze sein. Man sollte sich nicht scheuen, in den Industrieorten bis zu 8 M. Wochenbeitrag zu gehen.

Edstein-Breslau: Die Demokratisierung kann nicht von oben allein kommen, sondern muß auch von unten gefördert werden. Eine organische Neugliederung der deutschen Republik ist dringend notwendig.

Neumann-Köln: Der Alkoholverbrauch hat in Deutschland bedeutend zugenommen, auch bei Jugendlichen und Frauen. Die Alkoholfrage ist auch eine erzieherische Frage. Wenn die Parteigenossen ein Zehntel dessen, was sie für Alkohol ausgeben, für die Partei geben, ständen wir anders da. (Lebhafte Beifall.) Das Wichtigste in unserer Lage ist

## eine Hebung der Produktion

an Kohle, Lebensmitteln und Baustoffen. Die deutsche Arbeiterklasse muß aber auch ein höherwertiges Stück Nationalbewußtsein besitzen. Wir sind dem republikanischen Deutschland nicht nur eine, sondern die staatshaltende Partei. Wir wollen im Rahmen der Internationale sein und bleiben die deutsche Sozialdemokratie. (Beifall.)

Dr. Knaack-Hamburg: Wir müssen den Volksmassen sagen, welche gewaltigen Schwierigkeiten mit der Demokratisierung der Verwaltung verbunden sind. Die Demokratisierung der Verwaltung ist nicht allein Angelegenheit und Pflicht einzelner Parteigenossen, sondern der Gesamtheit. Es muß auch alle Energie eingesetzt werden für die Weiterbildung unserer eigenen Leute, die in öffentlichen Stellen stehen. Wir müssen die Beamten rückhaltlos stützen, die treu zur Republik stehen.

Biesler-Hoissbüttel: Notwendig ist für die Partei die Schaffung leistungsfähiger Kreisverbände und die Einteilung der Organisationen nach der politischen Einteilung der Bezirke und Kreise.

Dr. Wegscheider: Es muß mehr als bisher eine Agitation gemacht werden, die den Bedürfnissen der Frauen entspricht. Unter den Frauen muß vor allem

## Aufklärungsarbeit über Ernährungs- und wirtschaftliche Fragen

geleistet werden. Die Frauen werden eher dafür stimmen, daß ihren Kindern Kartoffeln gegeben werden, als daß die Männer Alkohol erhalten. Auch durch eine richtige Wohnungs- und Siedlungspolitik werden wir unter den Frauen Anhang finden. Wir müssen die Frauen auch ganz anders als bisher für die Konsumvereine gewinnen.

## Offo Braun-Berlin, preussischer Ministerpräsident:

Genosse Berner hat wieder mal die Wahrheit des Wortes bestätigt: „Es kann der Beste nicht im Frieden leben, wenn es dem Nachbar nicht gefällt.“ Die Hamburger Genossen sind der irrigen Auffassung, daß sich die schwierige Hamburger Frage vielleicht durch Parteitagebeschlüsse lösen läßt. (Sehr richtig!) Die Schwierigkeiten, die in Hamburg zutage treten, beruhen auf dem Elend der Kleinindustrie, das leider in Weimar bei der Schaffung der neuen Verfassung nicht beseitigt worden ist. (Lebhafte Zustimmung.) Diese Schwierigkeiten liegen auf dem Gebiete der Wirtschaft und der Verwaltung. Aber sie sind nicht, wie die Hamburger Genossen meinen, dadurch zu lösen, daß man die einzelnen kleinen Stanten vergrößert auf Kosten der großen; nicht durch Verletzung der Grenzpfähle wird eine Verbesserung erreicht, sondern durch eine völlige Ausbreitung der Grenzpfähle sind diese Schwierigkeiten zu beheben. (Sehr richtig!) Wenn Genosse Südekum über diese Frage geschrieben hat, so muß dazu gesagt werden, daß dafür nicht die preussische Regierung verantwortlich gemacht werden kann. Die einzelnen Mitglieder der preussischen Regierung sind lediglich dafür verantwortlich, was sie als ihre Aeußerungen den Hamburgern zu erkennen gegeben haben. Die Verhandlungen werden erneut stattfinden. Die Schwierigkeiten werden auch von Preußen nicht verkannt. Die preussische Regierung

## Ungarn im Völkerbund.

Ungarn ist in den Völkerbund aufgenommen worden, obwohl ausdrücklich festgestellt wurde, daß es die Bedingungen des Friedensvertrages nicht restlos erfüllt hat.

## Um Gottes willen keine Beschlüsse!

Genf, 18. September. (W.B.) Im Verlauf der heutigen Sitzung der Völkerbundsversammlung wurde ein Schreiben Ransens verlesen, in dem Ransen anregt, erstens den Flüchtlingen in Smyrna die in Konstantinopel für die russischen Flüchtlinge geschaffene Organisation zur Verfügung zu stellen, zweitens eine Vermittlungsaktion des Völkerbundes oder anderer Maßnahmen zu sofortiger Einstellung der Feindseligkeiten zwischen Griechenland und der Türkei zu ergreifen. Beide Vorschläge wurden dem Initiativkomitee übergeben, das über ihre Verweisung an die einschlägigen Ausschüsse der Völkerbundsversammlung zu beraten hat.

Im weiteren Verlauf der Versammlung wurde der Entwurf einer Entschließung Lord Robert Cecil's über die Schaffung einer internationalen Heimstätte für die Armenier verlesen. Ein Entschließungsentwurf de Brouderes-Belgien zugunsten der Georgier wurde auf Antrag des Initiativkomitees dem 6. Ausschuss übergeben.

sieht auf dem Standpunkt, daß den Hamburgern gegeben werden soll, was im Interesse der Erweiterung des Hafens liegt. Die Pläne der Hamburger, die darauf hinausgehen, das große Alstertal zu Hamburg zu bringen oder Siedlungsland zu erhalten, sind im Interesse der Entwicklung des Hamburger Hafens nicht notwendig.

## Die Industrie kann auch unter preussischer Hoheit aufblühen und besiedeln.

Hamburger Arbeiter leben zu Tausenden unter preussischer Hoheit und ich glaube, nicht schlechter als unter Hamburger Hoheit. Es kommt, wie Berner richtig gesagt hat, der Wille der Bevölkerung in Betracht, aber nicht nur der Wille der Hamburger, sondern auch der Wille der preussischen Bevölkerung. Und der Wille der Bevölkerung in Schleswig-Holstein und Hannover sieht etwas anders aus als die Wünsche der Hamburger. Das ganze Problem Groß-Hamburg wäre am leichtesten dadurch zu lösen, daß Hamburg preussisch würde. (Stürmische Zustimmung.) Dann wären alle Schwierigkeiten mit einmal behoben. Aber dieser Gedanke ist zu vernünftig, als daß er irgendwie in der Politik durchzuführen wäre. (Heiterkeit.) Wenn wir einmal an die Neugliederung gehen, dann werden wir uns die Frage vorlegen müssen, ob diese Privilegien aufrechterhalten bleiben können.

Ich begrüße den Antrag Löbe, daß eine Kommission eingesetzt wird, die die Frage der Neugliederung des Reichs prüfen soll. Wenn Eckstein meine Rede über die Abstimmung in Oberschlesien kritisiert hat, so muß ich dazu feststellen, daß ich nur gesagt habe, daß die Abstimmung in Oberschlesien ein Bekenntnis nicht zum alten Preußen, sondern

## ein Bekenntnis zum neuen demokratischen republikanischen Preußen

war. Wir wollen uns aber in der nächsten Zeit nicht gar zu sehr mit der Neugliederung des Reichs befassen, wo wir nicht wissen, wie wir unsere Bevölkerung ernähren sollen, unsere Wirtschaft erhalten, wie wir über den Winter hinwegkommen können. Jetzt muß es unsere Sorge sein, wie wir unser Volk aufrechterhalten. Ich scheue die Kritik nicht, aber Sie handeln im Interesse der Partei, wenn Sie nicht das Schwergewicht auf die Kritik legen, sondern wenn Sie richtig hervorheben, was durch unsere Mitglieder in der Regierung unter den schwierigsten Verhältnissen geleistet wird. (Stürm. Beifall.)

Frau Rudolf-Offenbach: Die Männer und Frauen auf dem Lande sind besonders schwer zu bearbeiten. Das Versammlungswesen läßt dort oft zu wünschen übrig, und deshalb können wir dort mit allgemeinen Agitationsmitteln nichts ausrichten. Aus der Praxis weiß ich, daß Eltern abende mit Erörterung von Erziehungsproblemen uns sehr viel Nutzen gebracht haben. Das ist nicht Mangel an Bekenntnis, sondern wir gehen da die Wege, die unsere Gegner bereits mit Erfolg beschritten haben.

Ceuterich-Hamburg: Braun hat es leicht gehabt, vor einem Forum, das die Hamburger Verhältnisse nicht kennt, einen Erfolg zu erzielen. Ich möchte aber betonen, daß wir Hamburger

## keinesfalls Mißtrauen

gegen das heutige Preußen hegen, aber bevor wir unsere Selbständigkeit aufgeben, müßten wir wissen, daß Preußen wirklich alle Schranken des reaktionären Regimes beseitigt hat. Wir sind für eine organische Neugliederung des Reiches und erwarten eine Förderung des Problems durch Annahme unseres Antrages auf Einsetzung einer Kommission.

Wimmer-München: Der Parteivorstand hätte viel fruchtbarer dem Lebensmittelwucher durch Einleitung besonderer Aktionen entgegenzutreten müssen. Auch die Reichstagsfraktion wird energische Schritte unternehmen, um die Preise für Lebensmittel und Bedarfsartikel auf einem erträglichen Niveau zu halten. Redner wünscht, daß bei den Beförderungsverordnungen der Parteibeamten nicht das Prinzip der Reichsbeförderungsordnung angewendet wird, das unten zu wenig und oben zuviel gibt.

Schölk-Breslau: In dem Streit um die Neugliederung des Reiches sollten wir unseren obersten Grundsatz,

## die Geschlossenheit und Einheit des Reiches,

nicht vergessen; im übrigen ist es aber das zweckmäßigste, die Erörterung der ganzen Materie einer Kommission zu überweisen. Redner verteidigt dann die Koalitionspolitik in Preußen. Die Not der Parteiorganisationen und der Parteipresse ist so groß, daß wir liquidieren müssen, wenn die Opferwilligkeit unserer Genossen das nicht frühzeitig zu verhindern in der Lage ist.

Hoch-Hannau: Die Kritik an der „Neuen Zeit“, die auf dem Parteitag geübt wurde, ist bedenklich, weil ich fürchte, daß viele hier sind, die das Blatt nicht lesen. Das ist das Bedauerliche; denn heute, in einer Zeit mit ganz neuen Verhältnissen, brauchen wir ein wissenschaftliches Organ besonders notwendig. Wenn gesagt wird, wir sollten nicht immer die Schlagworte von 1914 gebrauchen, so bin ich damit einverstanden. Wir sollen aber nicht alles vergessen, was früher unser geistiges Nützmittel war. Wir dürfen uns nicht die Dialektik der Stinnes-Presse zu eigen machen, sondern durch Schulung die Massen in sozialistischem Geiste erziehen. Dazu brauchen wir ein wissenschaftliches Organ.

Dr. Großhahn-Berlin: Die preussische Verwaltungsreform, die im kommenden Winter die preussische Landesgesetzgebung beschließen wird, ist nicht lediglich eine Sache Preußens, sondern eine Sache des ganzen Reiches, da davon die Gestaltung der Demokratie im ganzen Reich von der Demokratie in Preußen abhängig ist. Wir müssen eine echte Demokratie nach dem Vorbild der Schweiz schaffen. Es gibt auch sozialistische und demokratische Studenten. Diese müssen wir nach abgeschlossener Studium viel mehr als bisher in die Verwaltung hineindringen. Die preussische Verwaltungsreform muß in der Weise durchgeführt werden, daß nicht wie bisher ein geheimnisvoller alimählicher, aber keineswegs allwissender Personalreferent im Ministerium die Anstellungen macht, sondern die Selbstverwaltungskörper müßten ihre Beamten selbst wählen. Unsere Nachkommen werden uns verfluchen, wenn wir die Macht, die wir heute haben, nicht dazu benutzen, die Demokratie aufzurichten. (Lebh. Beifall.)

Der Vorsitzende Wels schließt die Sitzung um 6 Uhr abends. Weiterberatung Dienstag vormittag 9 Uhr.

## Der Feldzug der Labour Party.

London, 18. September. (W.B.) In einer Arbeiterversammlung in Newport auf der Insel Wight hielt der Arbeiterführer Clynes eine Rede, in der er sagte, der Zustand Europas bedeute eine Verurteilung derjenigen Staatsmänner, die für die Regelungen nach dem Kriege verantwortlich seien, welche nicht Frieden schufen, sondern geeignet seien, den Krieg zu einem dauernden Kennzeichen des europäischen Lebens zu machen. Diese Richtlinien seien eine Herausforderung zum Bolschewismus und zur Gewalt. Die Zunahme der Armut in vielen Ländern werde zur Revolution und zur Zunahme des wirtschaftlichen Ruins Veranlassung geben. Es sei Sache der Völker und der Arbeiterorganisationen auf internationaler Zusammenarbeit zu bestehen ohne Rücksicht auf vergangene Feindschaften. Es müsse mit dem Plan der Arbeiterklasse für die Reparationen ein Versuch gemacht werden. Er würde Frankreich Gerechtigkeit geben ohne die wirtschaftlichen Leiden, die Großbritannien und andere Länder durchzumachen hätten. Es sei Mode geworden, Amerika für vieles zu tadeln, was geschehen sei. Amerika Selbstsucht zuzuschreiben, sei durchaus ungerichtet, aber Amerikas Mitwirkung sei jetzt notwendig, um zu einer Regelung zu gelangen.

Gerard gestorben. Wie Havas mitteilt, ist der frühere Botschafter der Vereinigten Staaten in Berlin, Gerard, im Alter von 70 Jahren gestorben.

